This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

WIDENER LIBRARY
HX 3D1B Z
5

HARVARD UNIVERSITY LIBRARY

Ger 2174.12.5

Harvard College Library

FROM THE FUND BEQUEATHED

BY

CHARLES SUMNER

(Class of 1830)

SENATOR FROM MASSACHUSETTS

"For books relating to Politics and Fine Arts"

Deutschland,

Oesterreich und Preußen.

Von

L. Grafen Ficquelmont.

Wien, 1851.

Wilhelm Braumüller.

k. k. Hofbuchhändler.

Von dem Verfasser dieser Schrift sind ferner erschienen:

Ueber das Gesetz der Souveränetät.

Von

einem österreichischen Staatsmanne.

1849.

Preis: fl. — 12 kr. CM.

Ueber die Preßfrage.

Von

einem österreichischen Staatsmanne.

1849.

Preis. fl. — 15 kr. CM.

Aufklärungen

über die Zeit

vom 20. März bis zum 4. Mai 1848.

1850. Zweite Auflage.

Preis: fl. — 48 kr. CM.

5332

Deutschland,

Oesterreich und Preußen.

Von

L. Grafen Ficquelmont.

Wien 1851.

Wilhelm Braumüller,

k. k. Hofbuchhändler.

Ger 2174.12.5

HARVARD COLLEGE LIBRARY
NOV. 7, 1919
SUMNER FUND

Druck von J. P. Sollinger's Witwe.

Berne.
219-61
25

In dem politiſchen Syſteme Preußens iſt durch äußere und innere Einwirkungen ein Umſchwung eingetreten, der eben ſo viele Hoffnungen für die Zukunft erweckt, als die noch widerſtrebenden Ueberreſte des alten Syſtemes fernere Beſorgniſſe der ernſteſten Art zu erregen geeignet ſind. Es iſt ſehr belehrend für den Staatsmann und Politiker, dies Syſtem zu kennen. Die Zahl der Politik Treibenden in unſeren Zeiten iſt ſo groß und die Ereigniſſe ſpielen den Unerfahrenſten unter ihnen oft einen ſolchen Wirkungskreis in die Hände, daß wir es für eine ſehr dankbare und nützliche Bemühung halten, den Zuſammenhang der Gedanken einer Politik zu erklären, welche ſo eben damit endigen wollte, einen europäiſchen Krieg hervorzurufen. Die Gefahr iſt noch nicht für immer abgewendet, daher es uns nur willkommen ſein kann, in einer uns vorliegenden Schrift des Herrn v. Radowitz dieſen Zuſammenhang deutlich und klar, und — was die Hauptſache iſt — ziemlich ohne den falſchen Schein, den ſich jene Politik zu geben wußte, dargelegt zu ſehen.

Dieſe Schrift führt den Titel: „Deutſchland und Friedrich Wilhelm IV.“

Herr v. Radowitz bemüht ſich in dieſer Flugſchrift, welche im April 1848 geſchrieben wurde, der preußiſchen Politik zu der Ehre einer allgemeineren Anerkennung zu verhelfen; er wirbt für ſie Freunde und, wie aus dem ganzen Inhalte

sichtlich hervorgeht, wirbt er diese Freunde bei dem aufgeregtesten Theile der deutschen Nation, bei den National-Enthusiasten; er sucht diese Politik, welche man in Deutschland seiner Meinung nach sehr verkannt hat, zur Geltung einer wahrhaft nationalen und zugleich humanistischen Politik zu bringen und geht dabei mit einer so unklugen Aufrichtigkeit zu Werke, daß er mehr darlegt, als er später wohl für zweckdienlich befunden haben mochte. Er hat durch diese Schrift sich selbst einen schlechten Dienst erwiesen, dagegen seinen Zeitgenossen einen sehr wichtigen unwillkürlich geleistet, da er sie in den Stand setzte, alle Blößen dieser Politik finden, beurtheilen und in ihren Folgen ermessen zu können. Man hat sich in diesem Augenblicke die Aufgabe zu stellen, gegen das mögliche Wiederaufkommen einer solchen Politik vorzubauen, und man kann diese Aufgabe nicht besser lösen, als indem man sich, mit der obigen Schrift in der Hand, die Fragen stellt:

Auf welchen Grundgedanken war die Politik Preußens in den deutschen Angelegenheiten erbaut?

Auf welches Ziel waren ihre Gedanken unaufhörlich gerichtet, und was hat sie gethan, um sich ihm zu nähern?

Mit welchem Gewinn oder Verlust hat Preußen diese Politik geübt, und hat es ein wahres Interesse, sie je wieder aufzunehmen, oder war sie vielmehr seinem Interesse entgegen?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir nur die nachfolgenden Stellen der in Rede stehenden Schrift ins Auge zu fassen. Die Beurtheilung dieser in den Ansichten des Herrn v. Radowitz abgespiegelten Richtung der modernen preußischen Politik ergibt sich dann mit solcher Leichtigkeit, daß wir hoffen dürfen, über die Beschaffenheit derselben den wahren Freun-

den Preußens, zu denen auch wir Oesterreicher uns zählen wollen, jeden weiteren Zweifel zu benehmen.

Den Grundgedanken der neupreußischen Politik finden wir sogleich in der folgenden Stelle der Vorrede:

„In einem Augenblick, wo Deutschland den höchsten Gefahren von Außen ausgesetzt ist, ... ist eine Zersplitterung eingetreten, wie sie kaum in den schlimmsten Zeiten unserer Vergangenheit gefunden wird.

„Der Grund zu dieser betrübenden Erscheinung wird „in der langen Vernachlässigung der nationalen Ge„fühle und Bedürfnisse gesucht, und der Ersatz für „diese augenblickliche Schwächung in dem wiedergewonne„nen Bewußtsein, daß Deutschland ein untrenn„bares Ganze sei, und als solches seinen Fein„den gegenübertreten werde."

„Wir stimmen vollkommen damit überein, daß der angegebene Grund einer der mächtigsten Hebel geworden ist, um das bisherige politische Gebäude aus seinen Fundamenten zu heben, ..." Aber eben deshalb müssen wir mit um so größerem Kummer uns zu der Frage wenden, weshalb in diesem Augenblicke eine eben so unbillige als unweise Polemik gegen Preußen und seine Regierung eröffnet wird..."

„Ja, wenn ähnliche, unbedachte Schilderhebungen sich vervielfältigen, so sind wir auf dem Wege, statt des einigen Vaterlandes, für welches so große Opfer gefordert und gebracht werden, einen Zwiespalt zwischen den Oesterreichischen, den Süddeutschen, den Norddeutschen und den Rheinischen Landen entstehen zu sehen, der uns wehrlos

in die Hände des Feindes lieferte. Eine wesentliche Veranlassung der gehässigen Stimmung, die sich in mehreren Theilen Deutschlands gegen König Friedrich Wilhelm IV. gebildet hat, liegt in der Unkenntniß der Thatsachen."

„Die Stimme, die der König am 18. März vernehmen ließ, klang den Meisten so fremdartig..." (Schon dieses Verkennen der Absichten des Königs hätte seine Minister darüber aufklären sollen, daß man ein Bündniß gegen die Natur zu schließen im Begriffe stand. Die Bewegung im Jahre 1848 war gegen das Königthum und gegen die bestehende Gesellschaft gerichtet — wie konnte Preußen sich an die Spitze einer solchen Bewegung stellen? In Oesterreich und Italien hatte die Revolution andere Ursachen, in Deutschland war sie rein antimonarchisch.)

Diese Stelle und das gleichzeitige Auftreten des Königs von Preußen in Deutschland, seine denkwürdigen Worte in Berlin, als er verhieß, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, die darauf erfolgten Proclamationen und Eingeständnisse, so wie die ganze Richtung der preußischen officiellen Presse, berechtigen uns demnach, den Grundgedanken der preußisch-deutschen Politik also zu formuliren:

Preußen erklärt den Gedanken der deutschen Einheit unbedingt als einen legalen und eignet sich ihn unter der Bedingung an, daß man Preußen den Beruf zuerkenne, die deutsche Revolution, wodurch diese Einheit allein herzustellen, zu vollbringen und den deutschen Staat in Identifizirung der deutschen und preußischen Interessen zu gestalten.

Dieſer, man muß es geſtehen, große und kühne Gedanke geht noch deutlicher aus den folgenden Stellen der königlichen Proclamation hervor, worin der weſentlichſte Theil der bekanntlich in Deutſchland allgemein von der Bewegungspartei veröffentlichten Programme ſofort acceptirt worden iſt. Man war ſo ſanguiniſch zu hoffen, daß nunmehr alsbald der Friede zwiſchen Preußen und der Revolution geſchloſſen und ſomit die Revolution ſelbſt friedlich vollbracht werden ſollte! Am 18. März 1848 wurde nämlich in Berlin folgendes königliche Patent bekannt gemacht:

„Wir Friedrich Wilhelm, ꝛc. ꝛc.

„Als Wir am 14. d. M. Unſere getreuen Stände „zum 27. April d. J. beriefen, um vereint mit ihnen „diejenigen Maßregeln zu beſchließen, welche die, Unſe„ren deutſchen Bundesgenoſſen vorzuſchlagende Rege„neration Deutſchlands auch für Preußen nothwendig „bedingen, konnten Wir nicht ahnen, daß in denſelben „Stunden große Ereigniſſe in Wien einerſeits die Aus„führung Unſerer Vorſchläge weſentlich erleichtern, an„dererſeits aber auch die Beſchleunigung ihrer Ausfüh„rung unerläßlich machen würden.

„Jetzt, nach jenem wichtigen Ereigniß, finden Wir „Uns vor Allem bewogen, nicht allein vor Preußens, „ſondern vor Deutſchlands — ſo es Gottes Wille „iſt — bald innigſt vereintem Volke (Man weiß, wie das deutſche Volk dieſe Stelle verſtanden hat! Niemand traute Preußen uneigennützige Abſichten zu.) „laut und unumwunden auszuſprechen, welches die

„Vorschläge sind, die Wir Unseren deutschen Bundes-
„genossen zu machen beschlossen haben.

„Vor Allem verlangen Wir, daß Deutschland aus
„einem Staatenbund in einen Bundesstaat ver-
„wandelt werde.

„Wir erkennen an, daß dies eine Reorganisation
„der Bundesverfassung voraussetzt....

„Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehr-
„verfassung... eine deutsche Bundesflagge und
„hoffen, daß in nicht zu langer Frist eine deutsche
„Flotte dem deutschen Namen auf nahen und fernen
„Meeren Achtung verschaffen werde....

„Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht zur
„Schlichtung aller Streitigkeiten staatsrechtlichen Ur-
„sprungs zwischen den Fürsten und Ständen, wie auch
„zwischen den verschiedenen deutschen Regierungen.

„Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimats-
„recht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deut-
„schen Vaterlande.

„Wir verlangen, daß fortan keine Zollschranke mehr
„den Verkehr auf deutschem Boden hemme und den
„Gewerbefleiß seiner Bewohner lähme....

„Wir schlagen vor Preßfreiheit."... ꝛc. ꝛc.

Herr v. Radowitz begleitet diese Proclamation mit folgenden Worten:

„Was seit zwei Jahrhunderten die Brust jedes Füh-
lenden und Denkenden erfüllte: die Sehnsucht nach der
Wiederaufrichtung seines herrlichen Vaterlandes, dazu

wird ihm in dieſen Worten der Weg aufgethan ... Was das heilige römiſche Reich in ſeiner langjährigen Agonie nicht vermochte, was der deutſche Bund in ſeiner todtgebornen Organiſation nicht unternahm, das ſoll jetzt wirklich und wahrhaftig ins Leben treten. (Wahrlich, der deutſche Bund war nicht ſo todtgeboren wie der neue. Er hat mehr als 30 Jahre beſtanden.) Alles, was uns gegen das Ausland ſtark und geachtet, was uns im Innern glücklich und einträchtig machen kann, das wird die Aufgabe des Bundes, in deſſen höherer Einigung die einzelnen deutſchen Staaten nicht untergehen, ſondern zu erhöhter Kraft heranreifen ſollen." (Aber wie kann denn ein Bundesſtaat geſchaffen werden, wenn die einzelnen Staaten in demſelben nicht aufgehen?)

„Hier drängt ſich nun die Frage auf, weshalb dieſer welthiſtoriſche Act nicht das Maß von freudiger Anerkennung, von begeiſterter Theilnahme findet, welches er verdient und bedarf....

„Die Märzwoche Berlins hat keinen Einfluß auf den Entſchluß des Königs zur Regeneration Deutſchlands ausgeübt; ſie hat deſſen Veröffentlichung kaum erheblich beſchleunigt ...

„Gänzlich unabhängig davon ſtand der Entſchluß des Königs Friedrich Wilhelm IV. feſt, das langjährige, ſchwere Verſäumniß nachzuholen, und dem deutſchen Bunde neues Leben einzuhauchen."

„Keine Regierung war befugt, einen Zwang über die andere auszuüben.

„In dem Augenblicke aber, als jene nationalen For-

derungen durch ganz Deutſchland erſchallten, als ſie vor der Hofburg in Wien und vor dem Berliner Schloſſe vernommen wurden, war die Verſtändigung zwiſchen den beiden großen Höfen wirklich bereits bis zu dem Puncte gediehen, daß die That unmittelbar auf dem Fuße gefolgt wäre....

„Was der König Friedrich Wilhelm IV. ſeit den großen Eindrücken der Befreiungskriege in ſeiner Seele getragen, dem ſtrebte er Folge zu geben, unmittelbar nachdem er zur Regierung berufen worden war. Bei ſeiner erſten Unterredung mit dem k. k. Staatskanzler Fürſten von Metternich im Auguſt **1840** zu Dresden ſprach er ſich gegen dieſen über die abſolute Nothwendigkeit aus, den bisherigen Gang in den Bundesangelegenheiten zu verlaſſen, und dieſes erſtorbene Inſtitut zu neuem Leben zu kräftigen....

„Wenn daher nicht ohne Befriedigung auf den großen Fortſchritt zurückgeblickt werden kann, welchen die Vertheidigungskraft Deutſchlands gegen den äußeren Feind in jener Periode gemacht hat, ſo muß dagegen mit tiefem Schmerze bekannt werden, daß die von Berlin ausgehende Anregung zur innern Belebung des Bundes nicht gleiche Früchte trug....

„Man hat ſich gewöhnt, in den rein perſönlichen Eigenſchaften und Anſichten der Staatsmänner, welche in Wien die Geſchäfte leiteten, das Haupthinderniß zu jedem nationalen Fortſchritte Deutſchlands zu erblicken. An die Namen des Fürſten v. Metternich und des Grafen v. Münch knüpft ſich vorzugsweiſe der allgemeine Tadel, die verbreitetſte Anklage. Iſt es aber wirklich geſtattet, gänzlich zu

überſehen, was hiervon auf Rechnung der Lage des Kaiſerſtaates überhaupt, auf die Geſammtſumme ſeiner politiſchen Traditionen und auf die jetzige Geſtalt ſeiner Regierung zu ſetzen iſt? Mußten dieſe unläugbaren Thatſachen nicht den entſchiedenſten Einfluß da ausüben, wo es ſich um eine bis auf den Grund reichende Umbildung des ganzen bisherigen Bundesverhältniſſes handelte? Könnte und kann man von dieſem Staate verlangen, daß er ausſpreche: Oeſterreich gehe in Deutſchland auf? War dies aber nicht möglich, weder indem der geſammte Kaiſerſtaat ſich in den Deutſchen Bund verſenkte, noch indem er die Deutſchen Erblande von ſich ausſchied, ſo mußte jede Veränderung in den beſtehenden Verfaſſungsnormen, durch welche der bisherige völkerrechtliche Staatenbund in einen ſtaatsrechtlichen Bundesſtaat überging, großes Bedenken erregen, und es iſt nur zu erklärlich, daß man zögerte, zu einer ſolchen gewaltigen Veränderung Hand anzulegen. Wir glauben, daß auch für die öſterreichiſche Monarchie die Erſtarkung des Deutſchen Elements, die einige Verbindung mit der Nation hohe Vortheile darbietet, daß nur hierin das Gegengewicht liegt um zu verhindern, daß der Schwerpunct dieſer weſentlich Deutſchen Regierung nicht verrückt werde und in eine der andern Nationalitäten hinübergleite. Aber es darf auch eben ſo wenig verkannt werden, daß der alte Kaiſerſtaat mit ſeinen magyariſchen, czechiſchen, ſlovakiſchen, wendiſchen, illyriſchen, wallachiſchen, polniſchen und italieniſchen Beſtandtheilen andere und bedächtigere Erwägungen anzuſtellen hatte, als die kleineren Deutſchen Bundesſtaaten oder das junge lebens-

frische Preußen mit seiner so überwiegend Deutschen Bevölkerung. Diese historischen und geographischen Hemmungen haben mindestens eben so schwer im Rathe der österreichischen Regierung gewogen, als die Persönlichkeiten, denen man jetzt allein die verhängnißvollen Versäumnisse zur Last legt."

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, was in den Anklagen des Herrn von Radowitz gegen das sogenannte vormärzliche Oesterreich Schiefes oder Wahres liegen möge; wenn wir eine Geschichte der österreichischen Politik zu schreiben hätten, würden wir uns darüber so freimüthig aussprechen, wie über die Politik des Herrn v. Radowitz. Doch können wir mindestens behaupten, daß Oesterreich in dem Plane einer höheren Concentrirung der Wehrkraft des deutschen Bundes weiter gegangen sei, als Preußen. Es mag uns daher vergönnt sein, hier über diesen uns ferner liegenden Gegenstand nur so viel zu bemerken, daß Oesterreich den Vorschlag eines Bundes-Inspectorats an das Cabinet von Berlin gerichtet hat, der sich entschieden über die dringende Nothwendigkeit aussprach, daß das Princip der unverletzlichen Souveränität der einzelnen Bundesglieder mit den unabweislichen Bedürfnissen der Heeresverfassung des deutschen Bundes in besseren Einklang gebracht werde.

Gegen die von Preußen vorgeschlagenen, dem Zwecke nicht genügend entsprechenden regellosen Inspicirungen ward von Oesterreich der Entwurf einer förmlichen Organisation der Central-Kriegsbehörde für den deutschen Bund geboten. Es war darin Alles vorgesehen, was dazu dienen konnte, dem Staatenkörper eine Achtung gebietende Haltung zu geben. Es

wurde anerkannt, wie nothwendig es sei, die Bundesarmee einer durchgreifenden, stets wirksamen Controlle zu unterziehen, da es bei dem vorhandenen Zustande gar nicht möglich war zu beurtheilen, ob die Staaten ihren bundesmäßigen Pflichten nachkämen oder nicht. Die österreichische Denkschrift behandelte die Frage mit all' dem patriotischen Eifer, dessen sie würdig war. Sie erkannte an, daß der gesammte Bund durch den Mangel einer thätigen Central-Autorität seiner Kriegsverfassung das beruhigende Bewußtsein seiner Wehrkraft verloren habe. Die damalige Krisis (1840) habe gezeigt, wie es Noth thue, zweckmäßige, kräftige und ergiebige Maßregeln zu ergreifen. Das Gefühl der Stärke des deutschen Bundes müsse bei allen Mitgliedern desselben lebendig erhalten und dem deutschen Volke zu seiner Beruhigung kräftig mitgetheilt werden.

Vermöge der Bundesverfassung sollte der Bundestag für den Fall eines Bundeskriegs einen Oberfeldherrn ernennen, dem es dann obliege, die gesammte Wehrkraft zu befehligen und den Krieg zu leiten. Für die Friedenszeit hatte die Verfassung nicht gesorgt; es blieb die Wehrkraft zerrissen. In der Bundesversammlung vereinigte sich, so gut es gehen konnte, die getheilte politische Souveränität zu einem Ganzen. Zu diesem Zwecke waren die verschiedenen Organe des Bundes in beständiger Thätigkeit. Für das Kriegswesen bestand nur eine untergeordnete Militär-Commission, die als militärische Kanzlei für Details fungirte, ganz und gar ungenügend zu dem großen Zwecke, in so vielen verschiedenen Truppen-Abtheilungen das Gefühl der Einheit zu wecken, zu erhalten und um alle praktischen Anordnungen im Namen des Bundes zu treffen, welche, wollte man die Bildung einer großen Kriegsmacht, unerläß-

lich waren. Selbſtvertrauen und Mannszucht laſſen ſich nur in bewaffneten Haufen erhalten, die wiſſen und durch den Dienſt fühlen, daß ſie einem großen Körper angehören.

Es wurde in dem erwähnten öſterreichiſchen Vorſchlage mit großer Entſchiedenheit die Anſicht geltend gemacht, daß, wenn auch die unvermeidliche Beſchränkung der Bundeskraft durch die Souveränität ſeiner Mitglieder dem deutſchen Bunde eine Defenſivſtellung anweiſe, ſo doch ſeine Kriegsmacht nicht ſo geſtellt ſein dürfe, wie der Bund ſelbſt. Vielmehr müßte dieſe ſo viel lebendige Kraft erhalten, als ſie bedürfte, um einen politiſch offenſiven Krieg zu führen. Habe nun auch die militäriſche Verfaſſung ſich auf keiner anderen Grundlage erbauen laſſen, als auf jener der politiſchen Verfaſſung des Bundes, ſo müßte man um ſo mehr ſuchen durch Nebeneinrichtungen der Bundes-Kriegsmacht jene Stellung zu verleihen, welche ihr die Bundesverfaſſung als ſolche nicht gewähren könne, ja welche dieſe ſogar beeinträchtigen würde, wenn man nicht daran denke, Hilfe zu ſchaffen. — So viel uns bekannt, ward der öſterreichiſche Plan einer zu begründenden oberſten Aufſichtsbehörde für das Bundesheer von Preußen abgelehnt. Es ſcheint alſo damals nicht die Abſicht Preußens geweſen zu ſein, den Bund auf eine alle ſeine Glieder gleichmäßig ſtärkende Weiſe zu befeſtigen; vielmehr ſchien Preußen offenbar der Zeitpunct noch nicht gekommen, wo es ſeine Pläne offen darlegen wollte und konnte. Dieſe gingen aber, wie die Folge gelehrt hat, nicht dahin, den Bund zu ſtärken, ſondern aus dem Bunde eine außerordentliche Kraftvermehrung für ſich ſelbſt zu ſchöpfen, indem es ſich ſelbſt an die Spitze von Deutſchland ſtellte. Dazu ſchien von ſeinen Staatsmännern ein Zeitpunct auserſehen zu ſein, wo Oeſterreich nicht

in der ganzen Kraftfülle ſeiner Macht ſtehen und daher außer Stande ſein würde, Preußen zu hindern, die deutſchen Angelegenheiten „in die Hand zu nehmen.“ Preußen macht Oeſterreich in der Schrift ſeines erſten Staatsmannes den Vorwurf, überall allen Bundesſtärkungsmitteln hinderlich in den Weg getreten zu ſein — nun der öſterreichiſche Entwurf des Bundes-Inſpectorats, welches nichts Geringeres war, als ein deutſches Kriegsminiſterium, beweist eben nicht, daß Oeſterreich ſich allen Einigungsgedanken widerſetzt habe, wenn ſie wirklich den Intereſſen und der Weſenheit des Bundes entſprechend waren. Wohl aber beweist die ſtarrſinnige Haltung preußiſcher Staatsmänner, welche ſo wichtige, ja wichtigſte Maßregeln und Entwürfe fallen ließen, blos weil ſie nicht von ihnen herrührten, daß es Preußen, damals wie heute, viel weniger um den Bund, als um ſich ſelbſt zu thun war. Es wollte immer das große Wort führen, und vielleicht hat es dadurch mehr als durch alles Andere eine Einigung und Kräftigung des Bundes verhindert. Die herausfordernde, maßgebende und anſpruchsvolle Manier der preußiſchen Unterhändler war wenig geeignet, einem Staate wie Oeſterreich die Regeln ſeines Vorſchreitens im Bunde zu geben und für die preußiſchen Abſichten und Anſprüche günſtig zu ſtimmen. Preußens größter Fehler war oft das Nichtangemeſſene.

Ferner ſagt Herr v. Radowitz in ſeiner Schrift:

„Nicht Jedem möchte es als unzweifelhaft erſcheinen, daß die Unabhängigkeit der 39 ſouveränen Territorien vereinbar ſei mit der Aufrichtung einer ſtarken Centralgewalt, und daß der Verluſt, den Bayern, Würtemberg, Heſſen ꝛc. als ſolches hiebei erleide, durch einen Zuwachs an Wohlſein und Kraft des Ganzen wirklich überwogen

werde. Während in Oeſterreich und Preußen ſo manche Patrioten eine größere Unterwerfung unter den Bund als eine Herabſetzung ihrer mächtigen Reiche betrachteten, fürchtete man in den kleineren Staaten, daß die Verſtärkung des Mittelpunctes der Einheit nur zum Vortheil der beiden großen Bundesglieder ausſchlagen werde. . . .

„Bei dem beſten Willen war es nur Wenigen gegeben ſich bis zu der Einſicht zu erheben, daß Preußen nur in und durch Deutſchland gewonnen werden könne, daß es deſſen eigenſte Aufgabe ſei, den Bund aus ſeinem trüben Schlummer zu erwecken, und daß der Augenblick nahe heranrücke, wo die Nation über die Löſung dieſer Aufgabe Rechenſchaft fordern werde. . . .

„Dieſe Erfahrungen mußten immer mehr zu der Ueberzeugung hinführen, daß es unmöglich ſei, auf dem Wege des bloßen diplomatiſchen Verkehrs zu irgend etwas Gedeihlichem für die Deutſche Sache zu gelangen, und daß es der Apathie oder dem egoiſtiſchen Widerwillen ſtets gelingen werde, auch die beſtgemeinteſten Vorſchläge unwirkſam zu machen, ſo lange ſie nicht aus dem Dunkel der Cabinete hervorträten. Daß man in dem Geiſte der Nation ſelbſt den mächtigſten Verbündeten aufzuſuchen habe, dieſes wurde im Schloſſe von Berlin immer deutlicher erkannt.

„Zwei große Mittel boten ſich hiezu dar: die Entfeſſelung der Preſſe überhaupt, und die Veröffentlichung der Verhandlungen des Bundes.“ (Alſo die freie Preſſe hoffte Herr von Radowitz für ſeinen Plan zu benützen. Nun wir

denken, ſie habe ihm Urſache genug gegeben dieſen ſeinen Irrthum einzuſehen und zu bereuen.)

„Für die Zeitungen ſollte eine Selbſtcenſur der Redactionen eintreten und dieſe für erwieſene Vergehen allein haftbar bleiben. Der König legte den Entwurf am **13.** Januar **1843** ſeinem Miniſterrathe ſelbſt vor. ...

„Auch der Segen, der aus der Veröffentlichung der Verhandlungen des Bundestags fließen könne, war dem Könige nicht zweifelhaft. Dieſe Publication hatte bis zum Jahr **1824** wenn auch nicht unverkürzt ſtattgefunden; die Protocolle wurden den Redactionen der Frankfurter Journale aus der Bundeskanzlei verabfolgt und ihnen ausdrücklich geſtattet, ſie drei Tage ſpäter in ihre Blätter aufzunehmen. Auf den Antrag des Bundespräſidiums wurde dieſe Veröffentlichung durch den Beſchluß vom **1.** Juli **1824** unterſagt."

Hier iſt der paſſende Ort, um ſich aus den Eingeſtändniſſen des Herrn v. Radowitz die zweite der Fragen zu beantworten, welche wir uns am Eingange geſtellt haben. Die Abſicht Preußens war alſo offenbar, die öffentliche Meinung als eine Waffe gegen die Ungelehrigkeit der Bundesglieder zu gebrauchen, um mit ihrem moraliſchen Zwange das durchzuſetzen, was man bei dem herrſchenden Mißtrauen in die preußiſche Politik auf anderem Wege zu erreichen nicht hoffen durfte. Es iſt die Abſicht, Deutſchland mit Hilfe der in Bewegung zu ſetzenden Nationalleidenſchaften zu revolutioniren, ſo deutlich ausgeſprochen, daß der ganze ſpätere Gang der preußiſchen Politik hierdurch genügend erklärt wird.

Doch hören wir weiter.

„Der Antrag auf Veröffentlichung der Bundesprotocolle wurde faſt zu gleicher Zeit von Würtemberg an den Bund gebracht und von Preußen auf das lebhafteſte unterſtützt.

„In beiden wichtigen Bundesſachen wußten jedoch die Gegner durch Hinhalten und Anhalten die Entſcheidung hinauszuſchieben; die Ferien der Bundesverſammlung im September 1817, nach welchen der öſterreichiſche Präſidialgeſandte von Frankfurt abweſend blieb, unterbrachen die ferneren Verhandlungen hierüber....

„Es ſollte zuerſt eine neue Preßgeſetzgebung mit Wegfall der Cenſur, ſo wie die Veröffentlichung der Bundesprotocolle ins Leben treten, und dem Andern die Bahn brechen.

„Um zur Ausführung zu gelangen, zeichnete ſich der König folgenden Gang beſtimmt vor: Zuerſt mußte alles daran geſetzt werden, um Oeſterreich zu der endlichen Einſicht zu bringen, daß es höchſte, letzte Zeit ſei, dem bisherigen Todesſchlafe ein Ende zu machen, und den Bund zu einem neuen Leben zu erwecken....

„Der König hatte nicht umhin gekonnt, auch den Fall ins Auge zu faſſen, wenn es völlig unmöglich ſein ſollte, die öſterreichiſche Regierung dazu zu vermögen, in der Bundesregeneration mit Preußen gemeinſame Sache zu machen....

„Die ganze Zukunft des Vaterlandes durfte nicht wie bisher davon abhängig bleiben, ob es gelinge jenes Einverſtändniß zu erreichen....

„Wäre auch dieſes Beſtreben fruchtlos geblieben, wäre es der Abneigung anderer Bundesregierungen gelungen, durch unmittelbaren Widerſpruch oder endloſes Hinziehen den Bund in ſeinem bisherigen Nihilismus feſtzubannen, ſo war der König entſchloſſen, das durchaus Nothwendige außerhalb der bisherigen Wege zu erringen....

„Nur innerhalb der Bundesverfaſſung und ihrer gewieſenen Wege konnte eine Deutſche Regierung der ſelbſtgeſtellten Aufgabe nachkommen. (Man ſieht den grellen Widerſpruch, in welchem der Verfaſſer mit ſich ſelbſt ſteht. Die gleich darauf folgende Stelle beweist noch mehr, wie ſchwankend und haltlos der preußiſche Gedanke war; denn blieben die Rechte der Bundesglieder unverletzt, ſo war der Plan nicht ausführbar.)

„Ob man dieſe unermeßliche Veränderung preiſe oder beklage — das ſteht feſt, daß im November 1847 Preußen ſich keine andere Linie für die Aufrechthaltung des Deutſchen Bundes vorzeichnen konnte, als eine ſolche, welche die Rechte und die Unabhängigkeit der Bundesglieder unverletzt ließ....

„In der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft war der Bürgerkrieg ausgebrochen, in Italien politiſche Veränderungen theils eingetreten, theils vorbereitet, die die Exiſtenz der öſterreichiſchen Provinzen in dieſem Lande bedrohten. Es mochte nicht ohne Grund den Anſchein gewinnen, als wolle man die augenblicklichen Verlegenheiten und Gefahren des kaiſerlichen Hofes benutzen, um ihm Zugeſtändniſſe in Deutſchland abzudringen. Auf ein theilnehmen-

des Eingehen in die Bedürfniſſe des Bundes war in dieſem Augenblicke großer Unruhe ohnehin in Wien weniger als je zu zählen. Der König beſchloß daher, zunächſt eine Verſtändigung mit Oeſterreich zu erzielen....

„Als Vorbereitung hiezu ſollte Oeſterreich alsbald vermocht werden, zuzugeſtehen, daß der Deutſche Bund bei den beabſichtigten europäiſchen Conferenzen als ſelbſtſtändige europäiſche Großmacht auftrete und an denſelben, wenn er es wünſche, durch einen eigenen Bevollmächtigten vertreten werde. Im Vergleich zu den früheren Hergängen, insbeſondere zu den Londoner Conferenzen in der belgiſchen Sache, mußte ein ſolcher Eintritt des Bundes in die große europäiſche Politik allerdings als ein weſentlicher Fortſchritt erſcheinen. Deutſchland und Europa konnten daran erkennen, daß eine neue Zeit für den Bund im Heranbrechen ſei....

„Als Grundlage für die Berathungen über die Entwickelung des Bundes legte der preußiſche Bevollmächtigte am 5. März ein Memorandum vor, welches ſämmtliche Puncte der Denkſchrift vom 20. März 1847 umfaßte. Die kaiſerliche Regierung zog dieſe Anträge in ernſtliche Erwägung.....

„Der Gedanke, die Vertretung der allgemeinen Bundesintereſſen unmittelbar in die Hände der Völker zu legen, war bis dahin nur in vereinzelten Stimmen zur Sprache gekommen.....

„Als indeß der Ruf nach einem deutſchen Parlament durch alle Theile Deutſchlands erſcholl, und mehrere Regierungen ſelbſt ſich veranlaßt gefunden hatten, hiezu die

Hand zu bieten, so konnten sich die beiden größeren Höfe berechtigt glauben, auch hierauf ihre Vorschläge zu richten."

„Es ist klar, daß wenige Tage nach dem **19.** März **1848** der Zusammentritt eines Congresses der deutschen Regierungen als unausführbar erkannt werden mußte....

In der angezogenen Denkschrift selbst befinden sich folgende höchst bemerkenswerthe Stellen.

„Aus der Entstehungsgeschichte des deutschen Bundes ist genugsam bekannt, unter welchen Einflüssen diese neue Gestaltung ins Leben trat. Schon der Rieder Vertrag und die sich hieran anschließenden Pacte mit den süddeutschen Staaten hatten eigentlich jeden gesunden und heilsamen Aufbau des neuen Gemeinwesens unmöglich gemacht.

„Man trieb den Schulbegriff eines rein völkerrechtlichen Vereins auf die Spitze, und ging demgemäß von einer abstracten Selbstständigkeit und Parität aller deutschen Staaten aus....

„Der Souveränitätsschwindel, der ganze Bodensatz des Rheinbundes wurde thätig, nachdem er sich eben von Napoleon's Faust und der Bestürzung über seinen Fall erholt hatte....

„Die Wiener Schlußacte hat neben großen Mängeln doch das Verdienst, daß eine Reihe von Fragen, die man bis dahin beseitigt hatte, eine Art von Lösung erhielten.

„Kaum waren jedoch die Gefahren des Separatismus einigermaßen zurückgetreten, als auch die Eifersucht Oesterreichs gegen Preußen wieder in erhöhtem Maße hervortrat und dieser Periode, die bis in das Jahr **1830** reicht, ihren

Stempel aufdrückte. Dieſe Gegenwirkung hob alle Ausſicht auf, irgend etwas für Deutſchland Dienliches aus dem Bunde hervorgehen zu ſehen. Daher das Erwachen der Neigung, dasjenige durch Specialvereinbarungen zu erreichen, wozu ſich der Bund als untauglich auswies. Die Entſtehung des Zollvereins iſt der größte Beleg hierzu.

„Es war der erſte Riß in das Werk von **1815**, die erſte Erklärung, daß man an deſſen Belebung verzweifle, und bis auf den heutigen Tag ſind dieſe Wirkungen noch zu verſpüren....

„Die Stellung des Bundes zu der Hannover'ſchen Frage iſt das letzte Glied in dieſem unheilvollen Syſteme; der Schaden, den die Incompetenzerklärung in einer ſolchen, den ganzen Rechtszuſtand Deutſchlands berührenden Sache verurſacht hat, iſt völlig unberechenbar.

„An das Jahr **1840** knüpft ſich die Erinnerung an einen Aufſchwung des deutſchen Volksgefühles, wie er kaum noch als möglich erachtet werden durfte.

„Die gewaltigſte Kraft der Gegenwart, die Nationalität, iſt die gefährlichſte Waffe in den Händen der Feinde der rechtlichen Ordnung geworden....

„Durch alle Gemüther zieht die Sehnſucht nach einem, an innerer Gemeinſchaft wachſenden Deutſchland, das nach Außen mächtig und geehrt, nach Innen erhaben und einträchtig ſei; es iſt dieſes noch immer der populärſte und gewaltigſte Gedanke, der in unſerm Volke lebt. Ja, es iſt der einzige, der noch außerhalb und über den Parteien ſteht, der einzige, dem die Gegenſätze des Stammesunterſchiedes, der kirchlichen Scheidungen und der politiſchen

Doctrinen ſich noch unterordnen. Es iſt daher auch der einzige, auf welchem noch eine feſte Staats- und Lebensordnung zu errichten iſt, das einzige Bett, in welches die verheerenden Strömungen der Parteikämpfe abgeleitet werden können. Jeder andere Verſuch mit den bisherigen Mitteln, in den bisherigen Formen, wird als ungenügend erfunden werden, zu unerſetzlichem Schaden aller Theile!

„Iſt dieſe Betrachtung richtig, ſo iſt ſie es doppelt für Preußen. Preußen iſt durch den Lauf der Begebenheiten in die europäiſche Pentarchie gelangt, und wird dieſe ihm zugewieſene Stelle behaupten müſſen und wollen. Aber wie wehrhaft und kräftig es auch ſei, immer kann nicht verkannt werden, daß es in der Vereinzelung nicht gleiches Gewicht bei den großen Welthändeln in die Wagſchale zu legen vermag, wie die andern vier Staaten. Nur in der feſteſten, innigſten Verbindung mit dem übrigen Deutſchland kann es die Ergänzung der Kräfte finden, deren es bedarf. Daß Deutſchland mächtig und einträchtig daſtehe, dieſes iſt die Lebensfrage für Preußen, die oberſte Bedingung ſeiner Exiſtenz....

„Nur eine Macht, die da ſteht und fällt mit Deutſchland, kann hier eine wahre moraliſche Autorität ausüben; dieſes fühlt mehr oder minder dunkel Jedermann, und eine ſolche Autorität wird nicht eher erſtehen, bis Preußen nothgedrungen in dem Bewußtſein, daß es nur allein das Beſte des Ganzen ſucht, die am Boden ſchleifenden Zügel aufnimmt."

(Dieſe Stelle iſt wohl deutlich genug. Ein Mitglied des

Bundes, das dieſe Sprache führte, konnte ſich nicht beklagen, wenn in Deutſchland der Zweifel entſtand, ob Deutſchland in Preußen oder dieſes in Deutſchland aufgehen ſolle! Hier liegt der ganze Iſolirungsbau der preußiſchen Politik. Das Parlament wollte alle Souveränitäten Deutſchlands in Eine auflöſen und konnte daher nicht mit Preußen ſein, die andern Glieder des Bundes konnten noch weniger ſich ihm anſchließen.

„Was ſeit Entſtehen des Bundes eine der oberſten politiſchen Aufgaben für Preußen geweſen wäre, iſt es in noch weit erhöhetem Maaßſtabe ſeit der Thronbeſteigung Sr. Majeſtät des Königs. Der König bedarf auf ſeinen Wegen mehr als je ein anderer Regent des Vertrauens, der Sympathie, ja der Begeiſterung ſeines Volkes. Gegenwärtig, nachdem der politiſche und kirchliche Parteienkampf das Feld ſeiner beſten und reinſten Abſichten verwüſtet hat, gibt es hierzu nur noch ein mögliches Mittel: daß der König ſich mit dem beſſeren Geiſte der Nation verbünde, indem er als Vorfechter für ihre theuerſten Güter und Wünſche vorantritt. — Der König muß Preußen in und durch Deutſchland gewinnen, der Gewinn iſt dann ſogar ein doppelter....

„Die durch die Wiener Conferenzen von **1834** inſtituirten Schiedsgerichte haben ſich, wie vorauszuſehen war, als gänzlich nutzlos erwieſen. Und dennoch liegt eben hierfür das allerdringendſte Bedürfniß vor....

„Kaum waren ſeitdem (**1816**) fünf Jahre verfloſſen, ſo beſtimmte die Wiener Schlußacte in ihrem **64**. Artikel, „daß der Bundesverſammlung überlaſſen bleibe, in dergleichen Vorſchlägen ihr Beſtreben dahin zu richten, daß eine

freiwillige Vereinbarung unter den ſämmtlichen Bundesgliedern bewirkt werde.“ Daß hierdurch jede Möglichkeit zu heilſamen Bundesmaaßregeln dieſer Art von vorneherein abgeſchnitten wurde, bedarf keines Beweiſes. Bei einer ſolchen Dispoſition der obern Bundesleitung und einer ſolchen Stimmung der andern Bundesglieder nimmt es daher nicht Wunder, daß **32** Jahre verfließen konnten, ohne daß auch nur ein einziges Lebenszeichen der Bundesverſammlung erſchienen wäre, aus welchem die Nation hätte entnehmen können, daß ihre dringendſten Bedürfniſſe, ihre wohlbegründetſten Anſprüche und Wünſche im Rathe des deutſchen Bundes irgend eine Beachtung fänden.

„Dieſes Gefühl hat unſäglichen Schaden gethan, hat die Gemüther der Ruhigen erkaltet und abgewandt, die der Heftigen gereizt und erbittert, den Bösartigen aber den wirkſamſten Hebel dargeboten, um die Maſſen mit Verachtung gegen den Bund, mit tiefem Groll gegen ſeine Glieder zu erfüllen; eine Stimmung, die mit nur zu begründeter Sorge in die nahe Zukunft blicken läßt.

„Wenn demnach die Frage aufgeworfen wird: was iſt zu thun durch und für den Bund? ſo geht die Antwort in die drei Richtungen:

die Wehrhaftigkeit ſtärken;

den Rechtsſchutz ordnen und ergänzen;

die materiellen Bedürfniſſe befriedigen....

„Um zu dem oben bezeichneten Ziele zu gelangen, treten vornämlich zwei Hinderniſſe entgegen:

Das bisherige Syſtem Oeſterreichs in Bezug auf den Bund;

Der Souveränitätsſchwindel und Egoismus der einzelnen Regierungen.

„Es wird ſich zunächſt darum handeln, das Erſtere nach ſeinem ganzen Umfange zu betrachten.

„Wie wichtig das Einverſtändniß Preußens mit Oeſterreich in den Bundesangelegenheiten iſt, bedarf keiner Erörterung. Dieſer Zuſammenhang hat an und für ſich eine hohe Bedeutung als Glied und Aeußerung der engen Allianz zwiſchen beiden Höfen überhaupt; er iſt andrerſeits das beſte Mittel um den Particularismus andrer Bundesglieder zu überwinden. Es gibt kaum einen wahren und großen Fortſchritt für Deutſchland, wenn Oeſterreich ſich dem entzieht; nur im äußerſten Falle darf die innigſte Gemeinſchaft mit dem alten Kaiſerſtaate momentan aufgegeben werden ...

(Der König weiß,) daß Er nichts ſucht und will als dasjenige, was ganz in gleichem Maße auch der öſterreichiſche Hof wollen müßte, wenn er ſich aus der bisherigen Gleichgiltigkeit zur Einſicht in ſein wahres Wohl erhöbe. Die früheren Erfahrungen können hiergegen nicht als vollgiltiger Einwand gelten. Man hat dem öſterreichiſchen Cabinette gegenüber in den deutſchen Sachen noch nie dieſe Sprache geführt: das Herabſehen von der Höhe beſonnener Weisheit auf das unruhige Treiben der Ideologie würde ſich wahrſcheinlich legen, ſobald ihm der nüchternſte Ernſt ſcharfüberlegter Vorſätze entgegenträte....

„Die Aufgabe des Congreſſes oder der vorbereitenden Thätigkeit der Bundesverſammlung würde es nun ſein, die

Linie feſtzuſtellen, auf welcher der Bund ein neues Leben finden ſoll.

(Deutſchland war an und für ſich zu ſchwach conſtituirt, es war von allen Seiten fremden Einflüſſen offen, und konnte daher einer ſolchen Aufregung nicht widerſtehen, wie jene war, die das Jahr 1848 hervorgerufen hatte. Durch Preßfreiheit wollte das Miniſterium die ſchwierigſten Fragen von den Deputirten eines Volkes erörtern laſſen, in welchem noch keine praktiſche politiſche Bildung zu finden war. Nur in einem großen Staat kann ſich der Geiſt zu höheren politiſchen Ideen auf dem Wege der Erfahrung erheben und ſich daher immer in den Schranken des Erreichbaren, der Möglichkeit halten. Schulbildung und Zeitungsbildung allein, wie ſie in Deutſchland beſtand, verſteigt ſich bis zu dem Unerreichbaren; man will mit einem Male des Gedachte als Wirklichkeit erfaſſen, ohne zu bedenken, daß die Wege, die zu einer politiſchen Umbildung führen, lang ſind, daß ſie Zeit erfordern.

Anſtatt deſſen hat Preußen in ſeinen ritterlichen Anwandlungen vor Schöpfergelüſten Deutſchland dermaßen in Aufruhr gebracht, daß Befriedigung und mit derſelben die Beruhigung der Leidenſchaft in weite Ferne getreten ſind)

„Der im Obigen angedeutete Weg ging von der Vorausſetzung aus, daß es gelingen werde, den öſterreichiſchen Hof zu gemeinſchaftlichem Handeln zu bewegen. Von vorneherein wird jedoch auch der Fall ernſtlich ins Auge gefaßt werden müſſen, daß Oeſterreich ſich durchaus weigere, hieran Theil zu nehmen. — Wie rein und ſelbſtlos auch die Abſichten des Königs bei dieſer großen Anregung ſind, wie aufrichtig er auch wünſchen möge, daß

Oeſterreich überall vorkommere und in der Wiedergeburt Deutſchlands den ihm gebührenden Platz annehme, wer kann dafür ſtehen, daß nicht dennoch neues Mißtrauen erwache oder die bisherige Abneigung gegen allen Fortſchritt ſich als unüberwindlich zeigen werde! Wenn Preußen dann ſeiner Pflicht gegen dieſen alten und theuern Verbündeten volle Genüge gethan, wenn es alle Mittel, alle Vorſtellungen erſchöpft hat, *ſo wird es im höchſten Intereſſe ſeiner ſelbſt, wie des geſammten Vaterlandes, ja Oeſterreich's ſelbſt, den ſchweren Weg allein, aber getroſten Muthes zu betreten haben.*" – — (So iſt es geſchehen, und auf dieſem Wege fand Deutſchland die Revolution.)

„Das Erſte, was ſich dann darbietet, iſt, daß Preußen dasſelbe, welches man in Wien zurückgewieſen, nunmehr im eigenen Namen unmittelbar der Bundesverſammlung vorlege....

(Deutſchland wollte hauptſächlich eine beſſere Stellung — Preußen wollte ſie auf dem Wege organiſcher Reformen im Inneren herbeiführen. Es erwog nicht, daß politiſche Stellungen ganz einfach auf dem Wege der Politik zu gewinnen ſind. Die Politik aber gibt nicht gegebene Stellungen auf, ehe ſie andere hat begründen können. Preußen gab ſeine hiſtoriſche Grundlage, den Bund mit Oeſterreich und Rußland, auf; es war aber in dieſer Beziehung politiſch zaghaft, unentſchieden. Hätte Preußen in der holländiſch-belgiſchen Sache die Initiative der Einmiſchung ergriffen, wozu Verträge, Intereſſen und die Grenzverhältniſſe ihm das Recht gaben, wie Oeſterreich bei jedem neuen Anlaß dieſe Initiative in Italien ergriffen

hatte, ſo war da ein unmittelbarer Anlaß, um die Macht Deutſchlands zur Geltung zu bringen. Preußen konnte die Mitwirkung Oeſterreichs und die Zuſtimmung Rußlands nicht bezweifeln.

Die wichtigſten Intereſſen aller Deutſchen waren dabei betheiligt; es hätte ſich da viel eher jene Einheit des Willens der Völker und Regierungen herſtellen laſſen, als auf einem Felde, wo der Streit über Souveränitäts-Rechte ſich in den Vordergrund ſtellte.)

„Wie ſchmerzlich es auch ſei, ſo wird doch auch der Fall feſt angeſchauet werden müſſen, daß der Einfluß von Wien und die ſelbſtſüchtigen Triebe einzelner Regierungen es unmöglich machen könnten, auf dem Bundestage irgend etwas Gedeihliches zu erzielen. Preußen befände ſich dann in der ſchmerzlichen Lage, jeder Verantwortlichkeit dafür enthoben zu ſein, wenn es das ſchlechthin Nothwendige nunmehr außerhalb ſeiner bisherigen Allianzen und außerhalb des formalen Bundesweges verfolgt. Gegen den Widerſtand Oeſterreichs und gegen den üblen Willen anderer Regierungen anzukämpfen, gibt es dann nur ein Mittel, aber dieſes iſt vollkommen genügend: die Verbindung mit dem beſſeren Geiſte der Nation. Deutſchland erfahre und wiſſe, was der König gewollt und gethan, es erkenne, daß ſeine heiligſten Intereſſen, ſein theuerſtes Verlangen auf dem Throne Preußens einen Vertreter gefunden habe; Deutſchland lerne den Fürſten lieben und vertrauen, der ſeine eigene Exiſtenz einſetzt für das Wohl des gemeinſamen Vaterlandes, es gewähre ihm auf

Oesterreich überall vorantrete und in der Wiedergeburt Deutschlands den ihm gebührenden Platz einnehme, wer kann dafür stehen, daß nicht dennoch neues Mißtrauen erwache oder die bisherige Abneigung gegen allen Fortschritt sich als unüberwindlich zeigen werde! Wenn Preußen dann seiner Pflicht gegen diesen alten und theuern Verbündeten volle Genüge gethan, wenn es alle Mittel, alle Vorstellungen erschöpft hat, so wird es im höchsten Interesse seiner selbst, wie des gesammten Vaterlandes, ja Oesterreich's selbst, den schweren Weg allein, aber getrosten Muthes zu betreten haben." – — (So ist es geschehen, und auf diesem Wege fand Deutschland die Revolution.)

„Das Erste, was sich dann darbietet, ist, daß Preußen dasselbe, welches man in Wien zurückgewiesen, nunmehr im eigenen Namen unmittelbar der Bundesversammlung vorlege....

(Deutschland wollte hauptsächlich eine bessere Stellung — Preußen wollte sie auf dem Wege organischer Reformen im Inneren herbeiführen. Es erwog nicht, daß politische Stellungen ganz einfach auf dem Wege der Politik zu gewinnen sind. Die Politik aber gibt nicht gegebene Stellungen auf, ehe sie andere hat begründen können. Preußen gab seine historische Grundlage, den Bund mit Oesterreich und Rußland, auf; es war aber in dieser Beziehung politisch zaghaft, unentschieden. Hätte Preußen in der holländisch-belgischen Sache die Initiative der Einmischung ergriffen, wozu Verträge, Interessen und die Grenzverhältnisse ihm das Recht gaben, wie Oesterreich bei jedem neuen Anlaß diese Initiative in Italien ergriffen

hatte, ſo war da ein unmittelbarer Anlaß, um die Macht Deutſchlands zur Geltung zu bringen. Preußen konnte die Mitwirkung Oeſterreichs und die Zuſtimmung Rußlands nicht bezweifeln.

Die wichtigſten Intereſſen aller Deutſchen waren dabei betheiligt; es hätte ſich da viel eher jene Einheit des Willens der Völker und Regierungen herſtellen laſſen, als auf einem Felde, wo der Streit über Souveränitäts-Rechte ſich in den Vordergrund ſtellte.)

„Wie ſchmerzlich es auch ſei, ſo wird doch auch der Fall feſt angeſchauet werden müſſen, daß der Einfluß von Wien und die ſelbſtſüchtigen Triebe einzelner Regierungen es unmöglich machen könnten, auf dem Bundestage irgend etwas Gedeihliches zu erzielen. Preußen befände ſich dann in der ſchmerzlichen Lage, jeder Verantwortlichkeit dafür enthoben zu ſein, wenn es das ſchlechthin Nothwendige nunmehr außerhalb ſeiner bisherigen Allianzen und außerhalb des formalen Bundesweges verfolgt. Gegen den Widerſtand Oeſterreichs und gegen den üblen Willen anderer Regierungen anzukämpfen, gibt es dann nur ein Mittel, aber dieſes iſt vollkommen genügend: die Verbindung mit dem beſſeren Geiſte der Nation. Deutſchland erfahre und wiſſe, was der König gewollt und gethan, es erkenne, daß ſeine heiligſten Intereſſen, ſein theuerſtes Verlangen auf dem Throne Preußens einen Vertreter gefunden habe; Deutſchland lerne den Fürſten lieben und vertrauen, der ſeine eigene Exiſtenz einſetzt für das Wohl des gemeinſamen Vaterlandes, es gewähre ihm auf

ſeinem mühſamen Wege die mächtigſte Hilfe der Zeit: die offene Zuſtimmung eines Volkes von 40 Millionen! — Der König trete vor ſeine Stände und lege ihnen volle Rechenſchaft ab über ſeine Schritte in Wien und Frankfurt. — Es iſt eine entſchieden irrige Anſicht, als ſtände einer ſolchen Eröffnung irgend ein bundesrechtliches Hinderniß entgegen. Nicht die Protocolle der Verſammlung oder die Aeußerungen anderer Regierungen ſind es, um deren Veröffentlichung es ſich handelt; über ſeine eigenen Schritte ſteht Preußen jede freie Befugniß zu.

„Hiermit gehe Hand in Hand die literariſche Oeffentlichkeit im ausgedehnteſten Maßſtabe; es iſt ein ſchon früher oft berührtes Thema, welche große Action die preußiſche Regierung auf dieſem Wege auszuüben befähigt wäre. Was hierin bis jetzt geſchehen, iſt weniger als unzulänglich. Auch hier können nur ein zuſammenhängender Gedanke und umfaſſende Mittel der Ausführung ein wahrhaft gedeihliches Reſultat liefern.

„Wenn der Geiſt der Nation ſelbſt als Bundesgenoſſe des Königs ſich erhebt, dann iſt der Moment gekommen, um durch Specialvereine zu erreichen, was auf dem Bundeswege unmöglich war. Jede der oben angeführten Inſtitutionen im Einzelnen, oder auch mehrere in Verbindung, können der Gegenſtand von Vereinigungen werden, die bald genug den größeren Theil von Deutſchland umfaſſen werden. Immer aber müßte es dabei das unverwandte Ziel der preußiſchen Staatsthätigkeit bleiben, dann, wenn in Wien und Frankfurt ein beſſerer Geiſt empor-

wächst, dieſe Specialvereine wieder zum Eigenthume des Bundes zu machen, und in ihn zu verſchmelzen. — Welchen materiellen Nutzen auch dergleichen partielle Vereinigungen momentan darbieten mögen, der höhere ethiſche Gewinn wird immer nur durch ſolche Inſtitutionen erfüllt, in welchen die Nation ſich und Anderen als ein Ganzes erſcheint und fühlt."— —

Sehen wir nun die uns geſtellten zwei erſten Fragen durch die ſeltſamen Ergießungen des Herrn v. Radowitz genügend beantwortet und iſt der Geſichtspunct feſtgeſtellt, aus welchem ſein politiſches Syſtem zu beurtheilen iſt, ſo wird es leicht ſein, zu beweiſen, wie wenig dieſe Politik eine erhaltende genannt zu werden verdient, wie unnatürlich ihr Bündniß mit revolutionären Elementen geweſen iſt und wie ſchwer dadurch die preußiſchen Intereſſen ſelbſt compromittirt worden ſind — wie ſehr ſie alſo alle Hauptzwecke einer vernünftigen Staatspolitik verfehlt hat, die doch in nichts Anderem beſtehen dürfen, als den Staat und ſeine politiſche Stellung, ſo wie ſeine Bündniſſe zu erhalten, ſeine materiellen Intereſſen zu wahren und hierdurch ſeine Macht, ſein Anſehen, ſein Glück ſicher zu ſtellen. Die Wahrheit dieſer Bemerkung iſt durch die völlige Iſolirung Preußens in dieſem Augenblick vollkommen bewieſen.

Eine letzte Anmerkung, die wir zu der Schrift des Herrn v. Radowitz zu machen uns noch erlauben wollen, wird dazu dienen, ihm die Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen, daß ſeine Motive ohne Zweifel die edelſten geweſen ſind, die ein Staatsmann haben kann. Er hat Preußen und durch Preußen Deutſchland groß und mächtig machen wollen, er hat mit einer unerſchütterlichen Feſtigkeit an ſeinen Ueberzeugungen gehalten und

auf Koſten der Souveränität der Mitglieder des deutſchen Bundes. In dieſer Beſtrebung liegt der erſte, der Grundirrthum der preußiſchen Politik. Eine ſo vollkommene Einheit, wie die erſtrebte, iſt nicht möglich ohne eine Revolution, welche alle deutſchen Fürſten entthront. Er will ferner dieſe Einheit im Falle der Noth ohne Oeſterreich durchführen, er entfernt ſich daher ganz und gar von der hiſtoriſchen Baſis, welche Deutſchland und Preußen gemeinſchaftlich haben. Er will alſo die Geſchichte Deutſchlands nicht anerkennen und ein neues Deutſchland erſchaffen? Hat er auch bedacht, daß er damit Preußen ganz aufgibt? Auf welcher Grundlage beſteht Preußen, wenn nicht auf der hiſtoriſchen, auf der Grundlage der Verträge? Beſteht Preußen in ſeiner jetzigen Macht durch freie Vereinbarungs-Beſchlüſſe des deutſchen Volkes oder der deutſchen Fürſten? Beſteht es auch nur kraft der Gewalt einer geographiſchen Nothwendigkeit? Iſt Preußen das Product der Freiheit der Völker? Fühlt es nicht ſelbſt die Gefahren ſeiner geographiſchen Lage? Hat es eine einzige andere Grundlage, als ſeine glorreiche Geſchichte und die Grundartikel feierlicher Verträge? Eingeſetzt in die Geſellſchaft der Großmächte durch den Willen und Schutz ſeiner größeren Nachbarn, hat es etwa den natürlichen Beruf, durch ſein militäriſches Uebergewicht eine Revolution in Deutſchland zu vollbringen? Wer könnte dann Bayern, im Vereine mit Würtemberg und vielleicht noch einigen kleinen Staaten, denſelben Beruf ſtreitig machen, da es doch kein ausſchließendes Privilegium Preußens ſein kann, ſich eine militäriſche Organiſation zu geben? Denn wie Preußen ein Staat von 16 Millionen Menſchen, ſo iſt Bayern einer von 5 Millionen geworden. Die deutſchen Fürſten haben niemals zur Vergrößerung oder auch nur zur

Befeſtigung Deutſchlands beigetragen; ſie haben ihre Eroberungen nur in Deutſchland gemacht und Einer auf Koſten der Andern, immer ohne Vortheil für Deutſchland, ſich vergrößert. Das gemeinſchaftliche deutſche Vaterland hatte niemals dabei etwas zu gewinnen; es verlor vielmehr für alle Fälle die Kriegskoſten und hatte noch überdieß alle Verheerungen des Krieges zu ertragen.

Würde wohl der ſchwediſche Krieg ſo lange gedauert haben, wenn nicht deutſche Fürſten und Provinzen ſich mit dem Schwedenkönig verbündet hätten? Das Einzige was Preußen von einer fremden Macht eroberte, war die Stadt Stettin und die angrenzenden Gebiete, zu deren Rückgabe Carl XII. in Folge des pommer'ſchen Krieges und des Friedensvertrages von 1721 gezwungen wurde.

Dagegen hat Deutſchland faſt in allen Kriegen Gebietstheile an andere Nationen verloren, die es nie wieder erhalten hat, und deren Bewohner ſich zuletzt freiwillig von der deutſchen Nation losſagten; ſo wenig haben die Deutſchen je ihre Einheit gewollt und geachtet.

Vom Geſichtspuncte des Völkerrechtes, der feierlichſten Staatsverträge, iſt eine Politik, wie die heutige preußiſche, verwerflich.

Vom Geſichtspuncte des Staates iſt ſie unklug, gefährlich, gegen das eigene Intereſſe.

Vom Geſichtspuncte der Revolution aber arbeitet ſie für Zwecke, die ſie nicht kennt.

Man hat verſchiedene Begriffe von der Politik; die Einen betrachten ſie als die Kunſt, dem Staate die feſteſte moraliſche Grundlage zu geben, die Anderen als eine unmoraliſche

auf Koſten der Souveränität der Mitglieder des deutſchen Bundes. In dieſer Beſtrebung liegt der erſte, der Grundirrthum der preußiſchen Politik. Eine ſo vollkommene Einheit, wie die erſtrebte, iſt nicht möglich ohne eine Revolution, welche alle deutſchen Fürſten entthront. Er will ferner dieſe Einheit im Falle der Noth ohne Oeſterreich durchführen, er entfernt ſich daher ganz und gar von der hiſtoriſchen Baſis, welche Deutſchland und Preußen gemeinſchaftlich haben. Er will alſo die Geſchichte Deutſchlands nicht anerkennen und ein neues Deutſchland erſchaffen? Hat er auch bedacht, daß er damit Preußen ganz aufgibt? Auf welcher Grundlage beſteht Preußen, wenn nicht auf der hiſtoriſchen, auf der Grundlage der Verträge? Beſteht Preußen in ſeiner jetzigen Macht durch freie Vereinbarungs-Beſchlüſſe des deutſchen Volkes oder der deutſchen Fürſten? Beſteht es auch nur kraft der Gewalt einer geographiſchen Nothwendigkeit? Iſt Preußen das Product der Freiheit der Völker? Fühlt es nicht ſelbſt die Gefahren ſeiner geographiſchen Lage? Hat es eine einzige andere Grundlage, als ſeine glorreiche Geſchichte und die Grundartikel feierlicher Verträge? Eingeſetzt in die Geſellſchaft der Großmächte durch den Willen und Schutz ſeiner größeren Nachbarn, hat es etwa den natürlichen Beruf, durch ſein militäriſches Uebergewicht eine Revolution in Deutſchland zu vollbringen? Wer könnte dann Bayern, im Vereine mit Würtemberg und vielleicht noch einigen kleinen Staaten, denſelben Beruf ſtreitig machen, da es doch kein ausſchließendes Privilegium Preußens ſein kann, ſich eine militäriſche Organiſation zu geben? Denn wie Preußen ein Staat von 16 Millionen Menſchen, ſo iſt Bayern einer von 5 Millionen geworden. Die deutſchen Fürſten haben niemals zur Vergrößerung oder auch nur zur

Befeſtigung Deutſchlands beigetragen; ſie haben ihre Eroberungen nur in Deutſchland gemacht und Einer auf Koſten der Andern, immer ohne Vortheil für Deutſchland, ſich vergrößert. Das gemeinſchaftliche deutſche Vaterland hatte niemals dabei etwas zu gewinnen; es verlor vielmehr für alle Fälle die Kriegskoſten und hatte noch überdieß alle Verheerungen des Krieges zu ertragen.

Würde wohl der ſchwediſche Krieg ſo lange gedauert haben, wenn nicht deutſche Fürſten und Provinzen ſich mit dem Schwedenkönig verbündet hätten? Das Einzige was Preußen von einer fremden Macht eroberte, war die Stadt Stettin und die angrenzenden Gebiete, zu deren Rückgabe Carl XII. in Folge des pommer'ſchen Krieges und des Friedensvertrages von 1721 gezwungen wurde.

Dagegen hat Deutſchland faſt in allen Kriegen Gebietstheile an andere Nationen verloren, die es nie wieder erhalten hat, und deren Bewohner ſich zuletzt freiwillig von der deutſchen Nation losſagten; ſo wenig haben die Deutſchen je ihre Einheit gewollt und geachtet.

Vom Geſichtspuncte des Völkerrechtes, der feierlichſten Staatsverträge, iſt eine Politik, wie die heutige preußiſche, verwerflich.

Vom Geſichtspuncte des Staates iſt ſie unklug, gefährlich, gegen das eigene Intereſſe.

Vom Geſichtspuncte der Revolution aber arbeitet ſie für Zwecke, die ſie nicht kennt.

Man hat verſchiedene Begriffe von der Politik; die Einen betrachten ſie als die Kunſt, dem Staate die feſteſte moraliſche Grundlage zu geben, die Anderen als eine unmoraliſche

Kunſt. Preußens Politik kann weder vor dem einen, noch vor dem andern Begriffe beſtehen. Vor der moraliſchen Politik nicht, weil ſie die Verträge nicht achtet. In der andern Art von Politik, die weſentlich nichts anderes als gemeine Rechenkunſt iſt, gibt es vollends kein anderes Kriterium als den — Erfolg. Der Erfolg iſt für die Politik, die blos ihren Vortheil ſucht, der allein giltige Endbeweis. Die Moral hat andere Geſetze, ſie kann und darf unglücklich ſein; die ſchlechtverſtandene Politik endlich kann vor der Vernunft ohne Erfolg nicht beſtehen. Man faſſe alſo das Reſultat der Politik des Miniſteriums Radowitz in's Auge! Anſtatt Deutſchland zu einigen, hat es Deutſchland mehr als je zerriſſen. Wieder ſtehen Deutſche Deutſchen gegenüber. Man hat die bisherige Einheit der deutſchen Fürſten unter ſich und gegenüber dem Volke bis zur Lächerlichkeit anerkannt. Das Miniſterium hat ſelbſt dieſe Einheit, an deren Bruch die Demokraten noch heute nicht glauben, vernichtet. Deutſche Fürſten wollen gegen deutſche Fürſten das Schwert ziehen, wie in den Zeiten Friedrichs des Großen. Aber vielleicht hat dieſe Politik das Volk in Deutſchland für ſich gewonnen, vielleicht jubelt es Preußen als Befreier Deutſchlands entgegen? Mit nichten. Es iſt nicht die Sympathie für die Politik des Miniſteriums, was in Preußen ſelbſt das Volk erregt. Oder hat vielleicht dieſes Miniſterium für Preußen gewaltige Bundesgenoſſen zu gewinnen gewußt? hat es vielleicht England für ſich? Ja, wie die Feuerzange den Schmied für ſich hat, der damit die Kohlen aus dem Feuer nimmt. Hat es Frankreich für ſich? vielleicht — wenn es im Stande iſt, Frankreich eine Bürgſchaft dafür zu gewähren, daß Deutſchland nie Willens ſein werde, Frankreich

anzugreifen. Doch es ist Zeit, hier in eine nähere Kritik alle der preußischen Politik zu Grunde liegenden Ideen einzugehen.

Die unpraktische Idee der deutschen Einheit war unverkennbar die Hauptursache der fehlerhaften Politik, welche Preußen 1848 eingeschlagen. Es ist wahr, überall in der Schöpfung zeigt sich das Gesetz der Classeneintheilung; die Nationalitäten bilden sich in Folge desselben, sie sind eine von der Natur gegebene Abgrenzung des Zusammengehörigen und ein Anker für die Stabilität der Staaten. Allein dieses Gesetz der Classeneintheilung ist großen Modificationen unterworfen; die Nationalitäten haben wie alles wahrhaft Lebendige in der organischen Welt ihre Lebensdauer, sie stellen blos ein individuelles Leben dar, welches dem Leben des Geschlechtes untergeordnet ist. So widernatürliches daher ist, alle National-Unterschiede durch den Willen aufheben zu wollen, so widernatürlich wird es auch sein, Nationalitäten in ihren ursprünglichen Zustand zurückdrängen zu wollen, welche bereits angefangen haben in eine allgemeinere Gesellschaft sich aufzulösen, und die natürlichen Grenzen der Meere, Flüsse und Berge zu überschreiten, um in der Vermischung mit fremden Stämmen Sitten und Eigenthümlichkeiten auszutauschen. Gegen eine solche Erscheinung hilft dann keine Theorie, es hilft dagegen keine Wiederbelebung halberloschener Idiome, der alten Gebräuche und Sitten, welche zwar augenblicklich ein Aufflackern, aber niemals ein neues kräftiges Nationalleben wieder hervorrufen können. Jede Nation lebt je nach dem Grade ihrer Lebensfähigkeit kurz oder lang, aber einer jeden schlägt eine letzte Stunde, die man zwar betrauern darf, die sich aber durch nichts hintanhalten läßt. Eine Nation, welche in Verkennung dieser Wahrheit verblendet genug ist, um

ſich in verſpäteten Nationalleidenſchaften aufzuregen, wird dieſe Stunde beſchleunigen, anſtatt ſie zu verzögern.

Es iſt die höchſte Zeit für die Staaten, ſich feſte, unveränderliche Syſteme zu bilden, nach welchen ſie beſtehen können, und Principien anzunehmen, welche ihre Erhaltung inmitten des Sturmes, der Alles zu vernichten droht, möglich und denkbar machen. Das Princip der Nationalität hat in den Zeiten unſerer Alles abflachenden und vermiſchenden Civiliſation aufgehört ein Princip der Erhaltung zu ſein; die hochbewegten Wogen der Gegenwart erfordern ein bewegliches Schiff, die Erhaltung kann heutzutage nur in der Bewegung geſchehen: darüber müſſen ſich alle Parteien klar werden, und das Beharren auf der ſtarren Widerſtand leiſtenden Stabilität der Eigenthümlichkeit führt unausweichlich zur Zerſtörung ſeiner ſelbſt und Anderer. In dieſer Beziehung gehört alſo das Princip der Nationalität zu den revolutionären Elementen, ſobald es in Ländern geltend gemacht werden will, welche an der allgemeinen mittel- und weſteuropäiſchen Culturbewegung bereits Theil genommen.

Das Nationalitäts-Princip in Deutſchland, wie in Polen und Italien, iſt ohne Zweifel ein rein revolutionäres, inſofern ſich der Gedanke an eine national-politiſche Exiſtenz daran knüpft.

Es iſt der Hauptirrthum der preußiſchen Politik, daß ſie in dem Princip der deutſchen Nationaleinheit ein weſentlich erhaltendes Element zu finden hoffte, — ja, daß ſie ſogar, wie es ſcheint, die Rettung des Vaterlandes davon einzig und allein erwartete.

So ſtolz und ſchön der Erguß der Nationalbegeiſterung

in Geſängen klingen mag, ſo wird doch dieſe Begeiſterung bedeutend herabgeſtimmt, wenn man die proſaiſchen Folgen des Nationalſtolzes in unſerer Zeit in Erwägung zieht. Das Rule Britannia mag den Bewohnern der joniſchen Inſeln, als ſie die furchtbare Hand Englands empfanden, eben ſo mißtönig geklungen haben, als den Deutſchen zur Zeit das vive l'Empereur und den Griechen die Trommeln und Pfeifen der türkiſchen Muſik. Ueberall hat die zu große Lebhaftigkeit der Nationalgefühle zu barbariſchen Handlungen geführt, und unſer Zeitalter, man mag es nun als die Gipfelepoche der chriſtlichen Civiliſation oder als das erſte Luſtrum eines philoſophiſchen Jahrtauſends betrachten, iſt wohl weniger als irgend eines in der Geſchichte geeignet, dem Nationalgeiſt, der weder vor der Religion noch vor der Philoſophie beſtehen kann, ein weiteres Feld zu eröffnen. Ueberall zeigt ſich denn auch eine entſchiedene Hinneigung zu geſellſchaftlicher Verſchmelzung, welche zwar durch natürliche geographiſche Abgrenzungen, niemals aber durch Sprachen beſchränkbar iſt.

Die chriſtliche Religion hat viel dazu beigetragen, die Nationalunterſchiede in Europa aufzuheben, ſie hat alle Menſchen für Brüder erklärt, und es war nicht ihre Schuld, wenn dieſe nicht gelehrig genug waren, ihre erhabenen Theorien zu befolgen. Die neuere politiſche Schule hat die Lehre von der Verbrüderung der Nationen auf die Spitze getrieben. Gibt es wohl einen grelleren Gegenſatz, als den jener Theorien der Friedensapoſtel des Frankfurter Congreſſes zu den unermeßlichen Kriegsrüſtungen des Augenblickes? Das wirkſamſte Ferment zur Annäherung und theilweiſen Verſchmelzung der europäiſchen Menſchengeſellſchaft war der Handel, die europäiſche Literatur,

ja selbst die Kriege, welche die Nationalitäten einander näher brachten und sie im feindlichen und friedlichen Verkehr vermischten. Die Nationen überall haben aufgehört entweder ganz, oder doch zu sein, was sie gewesen waren; es gibt keine sicheren Staatsgrenzen mehr als die geographischen, welche zu allen Zeiten die sichersten gewesen sind.

Es gibt demungeachtet für die sich zersetzenden Nationalitäten noch ein glorreiches und stolzes Leben, wenn anders ihre Bildung dessen fähig geworden, ein Leben geistiger Art, welches sich über Jahrtausende hin fortpflanzt und unvergänglich zu sein scheint. Ein Volk kann sich durch seine Werke noch in den letzten Augenblicken seines Daseins verewigen, es kann, wie Rom, großartig sein in seinem Falle und Monumente hinterlassen, welche die Nachwelt in Erstaunen setzen. Das allerschlimmste und erbärmlichste Loos einer Nation aber ist es, wenn sie sich an eitle, hohle Namen klammert, wenn sie, anstatt nach Macht und Besitz zu streben, nach politischen Phantomen hascht.

In diesem Falle scheint — wenn man von den Phrasen der Zeitungen sich beirren lassen will — Deutschland sich zu befinden. Ein solches Volk aber wird niemals dadurch sein Leben verlängern, daß es seine Ideen übertreibt; es wird durch das rastlose Jagen nach einer nie erreichbaren idealen Größe die letzten noch möglichen Stützen seines Daseins verlieren und dereinst, in sich zerrissen und zerfallen, nachdem es lange den Nachbarn zum Spotte gedient, endlich einer sich neu gestaltenden fremden Ordnung sich fügen müssen.

Man bedenke nur und man bewundere es als das glorreichste roduct der Staatskunst, wie 50,000 Stamm-Engländer in

Oſtindien ein Reich von mehr als 100 Millionen erobert und organiſirt haben, welches ſie mit einer noch nie früher geſehenen Klugheit regieren. England hat da gelernt, wie man fremde Völker zuerſt ſchwächen und dann ſich zinsbar machen kann.

Warnung und Beiſpiel liegen überall in der Geſchichte vor. Es gibt für Deutſchland noch einen Augenblick, um ſich rechtzeitig zu beſinnen; verſtreicht er ungenützt, ſo dürfte ein gleich günſtiger ihm nicht leicht wieder geboten werden. Ohne ein Prophet zu ſein, kann man doch vorherſagen, daß ein Volk, welches nicht mehr zu leben weiß, von einem anderen doch endlich wird ſterben lernen müſſen. Dieſe Bemerkungen ſollen dazu dienen, zu zeigen, wie falſch eine Politik war, welche auf die deutſche Einheit ſpeculirte.

Ein Blick auf die Geſchichte Deutſchlands in den letzten Befreiungskriegen und auf ihre Reſultate zeigt am deutlichſten, mit welch' unpraktiſchem und unaufrichtigem Geiſte man die Idee der deutſchen Einheit verfolgte, und in welchen Widerſpruch ſchon damals das Verhältniß der geographiſchen Lage mit jenem der Nationaleintheilung getreten war. Denn ſo gewaltig die menſchlichen Leidenſchaften auch in ſolchen Zeiten auftreten, können ſie ſich doch den Wirkungen der Naturgeſetze niemals entziehen. Mit Unrecht würde man daher alles auf die Leidenſchaften ſchieben; die Eigenſucht der Menſchen iſt niemals ſelbſtſtändig, und die einſeitigen Anklagen der einen oder anderen Partei, durch dieſen Fehler der Nationen Alles allein verſchuldet zu haben, ſind jedenfalls ungerecht. Das Leben der neu-europäiſchen Menſchheit hat ſich ſo geſtaltet, daß es Deutſchland durch die Gewalt auseinander gehender Intereſſen nothwendig zerreißen

mußte. Alle deutſchen Fürſten haben dazu beigetragen, Deutſchland zu entzweien; aber wenn das deutſche Volk dieß zum ſchweren Vorwurfe für ſeine Fürſten macht, ſo möge es nicht vergeſſen, daß Niemand ſtärker an dieſer Entzweiung gearbeitet hat, als eben das Volk ſelbſt, — die Handel- und Gewerbtreibenden, die, ſeit Jahrhunderten mit fremden Stämmen in Berührung und Verkehr, die eigenen Stämme und Intereſſen mit ihnen vermiſchten. So geſchah es in allen öſterreichiſch-deutſchen Ländern, in Böhmen, Steiermark, Tirol, im Erzherzogthume Oeſterreich, ſo in Bayern, in Würtemberg, in ganz Süddeutſchland, während der Norden Deutſchlands kraft der bindenden Gewalt der Intereſſen ſich immer mehr von Süddeutſchland trennte und iſolirte. Dieſe eigenthümliche Zerſetzung der deutſchen Nationalelemente wurde von Friedrich dem Großen zuerſt beobachtet und mit Leichtigkeit benützt. Das deutſche Kaiſerreich mit ſeiner öſterreichiſchen und bayeriſchen Baſis konnte ſich wegen der divergirenden Verkehrsintereſſen nicht behaupten; es war leicht, die Bayern von den Oeſterreichern zu trennen, es war noch leichter, die Norddeutſchen den Süddeutſchen zu entfremden. Das Glück ſeiner Unternehmungen beruhte hauptſächlich auf der ſchon von der Natur vollbrachten Abſcheidung der öſterreichiſch-deutſchen Stämme. Schon in den Zeiten des dreißigjährigen Krieges hatte dieſe natürliche Abſonderung ſtattgefunden; in dieſen blutigen Zeiten, ja in noch viel früheren Jahrhunderten iſt der Urſprung der deutſchen Uneinigkeit, und zwar lediglich in den Geſetzen der Lage und in Nachbarſchaftsverhältniſſen zu ſuchen, welche die Vereinigung von Stämmen verſchiedenen Urſprungs begünſtigten. Das Glück der Eroberer beſteht meiſtens darin, daß ſie die na-

türlichen Verhältniſſe der Lage und des Verkehres richtig zu beurtheilen verſtehen. Friedrich der Große kam trotz ſeines Genies nicht über die natürlichen Grenzen ſeiner Macht hinaus, aber er erreichte ſie. Den gewaltigſten Stoß verſetzte der Krieg mit Frankreich der deutſchen Nationaleinheit. Es geſchah durch Vermittlung des Ehrgeizes der deutſchen Fürſten, daß er die deutſchen Intereſſen noch mehr, und bis zur ſelbſtverderblichen Zerſplitterung aus einander riß. Es geſchah kraft desſelben Naturgeſetzes der geographiſchen Staatsbegrenzungen, daß ſich gegen Frankreichs Uebergriffe eine furchtbare Coalition aller nordöſtlichen Nachbarvölker bildete, der es unterlag. Aber auf dem Congreſſe zu Wien wurde dieſes Geſetz bei Bildung der Neuſtaaten Mitteleuropa's zu wenig beachtet, und dieß iſt ganz richtig als die Quelle der heutigen Verwirrungen erkannt worden.

Die Natur einer Conföderation iſt defenſiv; ſie muß ſich in allen Fällen neutral verhalten, wo ſie nicht angegriffen wird. Die erſte Bedingung einer Conföderation, welche ſtark ſein will, iſt das Gleichgewicht der Kräfte, aus welchen ſie beſtehen ſoll. Sobald dieſes Gleichgewicht nicht in materieller Beziehung vorhanden iſt, muß es als eine conventionelle Baſis angenommen werden, — freilich iſt dieſe Baſis dann ſchwach. Durch den conventionellen Umſtand, daß auf dem deutſchen Bundestage eine Stimme ſo viel galt wie die andere, iſt es geſchehen, daß Oeſterreich und Preußen auf ihr natürliches Uebergewicht verzichteten. Darin lag ſchon ein Verhältniß gegen das Naturgeſetz. Dieſe Verzichtleiſtung machte die Schwächeren nur hochmüthig, ohne ſie darum mächtiger zu machen. So ging alſo jener bedeutende Theil von Macht, deſſen ſich

Preußen und Oeſterreich freiwillig begaben, für Deutſchland verloren. Die beiden Staaten konnten den Erſatz für dieſen Entgang an Macht nur in ihrer Stellung als europäiſche Mächte finden. Dieß aber verlieh ihnen jenen Doppel-Charakter, der ſie noch mehr ſchwächte, denn ſie konnten ſich einerſeits nicht frei machen von dem ſchwerfälligen Bewegungsprincip eines Föderativſtaates und anderſeits niemals in der entſchiedenen und freien Weiſe einer Großmacht auftreten. Preußen war es, welches von dieſer naturwidrigen Stellung am meiſten zu leiden hatte. Es empfand alles Ungemach dieſer Stellung, um ſo mehr, als es geographiſch ſehr ſchlecht geſtaltet worden, und ſich nicht einmal der Freiheit ſeiner militäriſchen und commerciellen Verbindungswege erfreut. In dem Gefühle ſeiner Schwäche und Beengung fand es die Haupttriebkraft für ſeinen Eifer, dem Bunde ein thätigeres Leben zu verleihen. Die Bewegung, welche Frankreich und England den mitteleuropäiſchen Staaten mittheilten, gab Preußen ein ſchickliches Mittel, ſelbſt auf den Bund aufregend einzuwirken. So wurde eine Politik geſchaffen, welche mit fremdem Winde ſegelte und ein Fahrwaſſer einſchlug, das mit dem ſeiner Bundesgenoſſen nichts gemein hatte Die Idee der deutſchen Einheit war dieſes Fahrwaſſer der preußiſchen Politik. Sie hatte im Volke viele Anhänger. Beſonders war es das ſogenannte Reich der Intelligenz, welches das Ideal der deutſchen Einheit begünſtigte. Preußen aſſociirte ſich daher mit ihm. Berlin wurde für die Hauptſtadt der Intelligenz erklärt, und auf den preußiſchen Univerſitäten wurden ſogar Ritter und Barone der Intelligenz geſchlagen, welche als Profeſſoren und Literaten Preußen's angeſtrebte Suprematie in Deutſchland verfochten. Während man dieſen Staat faſt im ausſchließenden Beſitze aller höheren in-

tellectuellen Bildung erklärte, bezeichnete man Wien als die Reſidenz des rückwärts ſtrebenden Geiſtes. So wurde das Band, welches den Bund zuſammenhielt, moraliſch gelockert, es bedurfte nur einer Gelegenheit, um es völlig zu zerreißen. Bei ſolcher Geſinnung konnte dieſe nicht lange ausbleiben. Wir werden bald ſehen, auf welche falſche Wege und in welche Widerſprüche Preußen dadurch gerieth.

Die deutſche Einheit war die Oriflamme des neuen Deutſchlands. Die Deutſchen zählten ſich, ſie fanden ihre Zahl groß, und ſchloſſen daraus, daß ſie auch mächtig ſeien. Die politiſchen Neulinge machten mit dieſem Rechenexempel in den Zeitungen gewaltigen Lärm, und überließen ſich ihrerſeits jener vielleicht verzeihlichen Selbſttäuſchung, welche ſie an den Panſlaviſten ſo lächerlich fanden. Aber auch die preußiſchen Staatsmänner ſchienen ſich derſelben zum Theil hingegeben zu haben. Es herrſchte daher in Deutſchland nur Eine Stimme, welche für das Vaterland jenen Platz forderte, der einem ſo großen Volke zukomme, welches eben ſo reich an Geiſt als fortgeſchritten in allen Künſten des Friedens war, und deſſen Geſchichte ſo glorreiche Erinnerungen an ſeinen Heldenmuth darbot, — der freilich ſich am glänzendſten bewährt hatte in den Kriegen, die es gegen ſich ſelbſt geführt!

Die Zerſtückelung Deutſchlands in ſo viele ſouveräne Staaten wurde mit Recht als die Urſache ſeiner politiſchen Schwäche angeſehen. Die Männer, welche damals die Bewegung hervorgerufen hatten, wollten daher alle deutſchen Fürſten ſtürzen, und die damals ſo laut verlangte Republik ward von denſelben als eine Kriegsmaſchine betrachtet, welche die Trümmer des deutſchen Bundes beſeitigen ſollte, um auf dem

gewonnenen leeren Raum das Reich zu begründen. Man verſuchte Deutſchland in der Art zu machen, wie man ein Buch macht. Man ſetzte ſich auf den Wollſack, entwarf den Plan, den Index, man ſchaffte alle Geſetzbücher der Welt herbei, um eines jener Machwerke der Compilation zu erzeugen, in welchem gewöhnlich ſehr viel Methode, Plan und Syſtematik, aber ſelten auch nur Ein ſchöpferiſcher Gedanke zu finden iſt.

Einige preußiſche Staatsmänner vereinigten ſich ihrerſeits mit dieſen Anſichten ſo innig, daß ſie in der Idee der deutſchen Einheit das ſchicklichſte Mittel erblickten, Preußen groß zu machen. Die mißverſtandene deutſche Einheit fand nirgends mehr und eifrigere Apoſtel, als in Berlin. In welche Widerſprüche ward man dadurch verwickelt! Man wollte in Berlin von der Revolution profitiren, mit ihrer Hilfe Deutſchland conſtruiren, durch Revolution ſich von der läſtigen Vormundſchaft Oeſterreichs und der kleinen Fürſten befreien (wir ſprechen von den Projecten der Studierſtuben), — man wollte alſo die Revolution, aber ohne ſelbſt revolutionär zu ſein. Die eifrigſten Apoſtel der Einheit waren kaiſerlich deutſch geſinnt. Viele wollten freiſinnige Inſtitutionen, eigentliche Demokratie, religiöſe Freiheit — in der Mehrzahl jedoch herrſchte der finſtere Dämon der burſchenſchaftlichen despotiſchen Jugend, — derſelbe Geiſt, den Preußen ſelbſt ſonſt bekämpfte.

Man glaubte an eine fabelhafte Gewalt der deutſchen Einheitsidee, weil alle Zeitungen und Bücher ihrer voll waren, und die deutſche Tricolore von Danzig bis Trieſt überall luſtig emporflatterte. Man vergaß, daß dieſe Bücher nur von einigen wenigen politiſchen Docenten herrührten, daß dieſe Zeitungen

nur von einigen anderen edirt wurden, und daß dieſe Tricolore überall nur als ein Symbol der Freiheit, aber nicht der Einheit, jubelnd begrüßt wurde. Das deutſche Volk war zerriſſener als je. Es kannte wohl ſeine Knechtſchaft, aber es verkannte ſeinen wahren Zwingherrn! — es kehrte ſeinen Unmuth gegen ſeine Regierungen. Es ſtimmte wohl mit ein, als man ihm von der deutſchen Einheit ſprach, — aber — wer je die Proletarier von Berlin, Hamburg, München, Wien, Dresden in jenen Zeiten geſehen und ihre Wünſche vernommen oder ihre Hoffnungen belauſcht hat, würde wohl zu behaupten wagen, daß dieſes freiheitsdürſtige Volk die Freiheit anders verſtand, denn als Befreiung vom Lebensdruck, und die deutſche Einheit anders, als ein buntes Kleid oder eine gleißende Fahne, die man wohl, geſchenkt, in den Kauf nehmen könne! Und vor dieſes Volk, in deſſen Mehrzahl der Nationalgeiſt tief geſunken war, das Frankreich entgegenjubelte und eine polniſche Cocarde größtentheils höher ſchätzte, als alle Kleinodien des heiligen römiſchen Reiches, das ſich meiſt blos wild jakobiniſch und communiſtiſch geberdete, trat Preußen mit der Verheißung hin, es werde ſich an die Spitze der Bewegung ſtellen! Eine Fluth von Verhöhnungen, von Carricaturen und grobkörnigen Witzen war Deutſchlands Antwort darauf — Preußen aber blieb auf ſeinen Wegen!

Anſtatt ſich eines Anderen belehren zu laſſen, verwunderten ſich preußiſche Staatsmänner darüber, daß man kein Zutrauen in die Verſicherungen des Königs ſetzte. Anſtatt zu begreifen, daß man es mit Parteien zu thun hatte, welche weder von einem König noch von einem Kaiſer, ja kaum mehr von einem Staate etwas wiſſen wollten, glaubten dieſe Herren, das

Volk brenne nur vor Verlangen, die deutſche Einheit zu erleben, und werde über alles Andere leicht mit ſich unterhandeln laſſen, wenn man nur hierin Genüge leiſte!

Man kann nicht dasſelbe wollen und nicht wollen. Wollte Preußen wirklich die Einheit der deutſchen Stämme realiſiren, wie konnte es die Oeſterreicher ausſchließen, um nicht von den Kurländern, Liefländern und Elſäſſern zu ſprechen? Wollte es dieſe Einheit nicht, wie konnte es berechtigt ſein, im Namen derſelben den Meſſias von Deutſchland zu ſpielen? Wollte es die deutſche Einheit mit Gewalt durchführen, warum hat es immer von freier Vereinbarung geſprochen? Wollte es die freie Vereinbarung, warum drohte es denen mit Gewalt, die nichts davon wiſſen wollten, ſich mit Preußen zu vereinbaren?

Alles was man in Preußen wollte, war voll Widerſpruch. Man wollte die Vergrößerung Preußens ohne Uſurpation, man wollte die Einheit des Reiches ohne die Fürſten von ihren Thronen zu ſtürzen, mit einem Worte, man wollte das Unmögliche. Die preußiſchen Staatsmänner, welche dieſes Syſtem erfunden haben, ſind bekannt.

Ohne Zweifel war es längſt an der Zeit, dem deutſchen Bunde eine angemeſſenere und ehrenvollere Stellung in Europa zu verſchaffen Allein Preußen hat die ſchicklichſten Gelegenheiten dazu vorbeigehen laſſen. Als die deutſche Rheinſchifffahrt in Folge eines der geſunden Vernunft hohnſprechenden Wortſpieles gehindert und uns der Schimpf angethan wurde, daß man einen Vertrag brach unter dem Vorwande, der Ausdruck: jusqu' à la mer ſei nicht ſo zu verſtehen, als reiche unſer Schiffahrtsrecht jusque dans la mer, da erhob ſich in Deutſchland auch nicht Eine Stimme gegen dieſen frevelhaften Witz

Hollands. Die beiden überwiegenden deutſchen Mächte verſäumten dieſe koſtbare Gelegenheit, die deutſchen National-Intereſſen zu wahren und dem deutſchen Volke Vertrauen einzuflößen in die politiſche Form, die ihm die Ereigniſſe gegeben hatten. Nicht der Bund war es, der Deutſchland ſo verhaßt war, ſondern der Umſtand, daß dieſer Bund in den heiligſten und wichtigſten Angelegenheiten des Vaterlandes kein Lebenszeichen von ſich gab. Da der Bund das Intereſſe der Geſammtheit vernachläſſigte, ſo ſuchte jeder Theil ſeine beſonderen Intereſſen durch ſeine beſonderen Staatsverfaſſungen wahrzunehmen, und Preußen ſelbſt verſetzte dem Anſehen des Bundestags in Frankfurt den tödtlichſten Streich durch Zuſammenberufung des vereinigten Landtags in Berlin 1847. Jede deutſche Regierung ſuchte nur für ſich allein Popularität, und Preußen that es hierin Allen zuvor. Die Idee der neuen deutſchen Einheit erſtand überall mit neuer Kraft. Aber kein Staat iſt im Stande ſich zu etwas Anderem zu machen, als was die Zeit aus ihm macht. Vergebens überzeugen ſich diejenigen, welche ihn regieren, daß er nicht den Einfluß hat, der ihm zukommt; vergebens klagt die öffentliche Meinung, daß ſowohl die Intereſſen als die Ehre tief verletzt ſind; vergebens ergründen die Geſchichtſchreiber die Urſachen dieſer allſeitig unbefriedigenden Lage; vergebens zeigen ſie, daß Alles anders ſein könnte; alle Claſſen des Volkes, Fürſten, Miniſter, Gelehrte, Kaufleute, Fabrikanten können in einem und demſelben Gefühle übereinſtimmen, eine und dieſelbe Ueberzeugung haben, Alle können fühlen, daß eine Veränderung der Situation nothwendig ſei; die Gemüther können durch den Wunſch einer Veränderung ſich ſo weit fortreißen laſſen, dieſe Veränderung auf der Stelle und auf alle

Weiſe herbeiführen zu wollen; ſie können Alle ſagen: ich will, wir wollen; ſie können ſich ihrer Macht, ihres Reichthums, ihrer kriegeriſchen Sitten, ihrer glorreichen Geſchichte erinnern; ſie können ſtolz ausrufen: Wir haben große Flüſſe, die in das Meer reichen, wir haben alſo Anſpruch auf den Welthandel, wir haben Küſten, Matroſen, Schiffe, wir haben alle Bedingungen der Macht und des Reichthums, warum ſollen wir nicht frei und mächtig ſein können? Alles dieß wird vergebens ſein, ſobald die Geſchichte eines ſolchen Staates einen Verlauf genommen, der alle dieſe Schätze von Macht, Reichthum und kriegeriſcher Kraft zerſplittert und entwerthet hat. Deutſchland kann ſeine Geſchichte nicht abſtreifen; ſein Staatsleben iſt Geſetzen unterworfen, die theils aus ſeinen geographiſchen Verhältniſſen hervorgehen, theils in ſeinem geſchichtlichen Urſprunge zu finden ſind.

Die deutſche Geſchichte liefert die Erklärung der Urſachen, warum Deutſchland nicht jenes Ideal von Einheit erreichen konnte, welches ſo viele Gemüther vergebens begeiſtert. Preußen hätte ſich dieſer Geſchichte beſſer erinnern ſollen und der Rolle, die es ſelbſt darin geſpielt. Deutſchland war ein Wahlreich, aber das Princip der Wahl ruhte nur in den Händen der Fürſten, welche, geſtärkt noch durch das Princip der Erblichkeit, in dieſer Vereinigung Mittel fanden, alle ſocialen Inſtitutionen des Landes zu ihrem eigenen Vortheile zu leiten und zu beherrſchen.

Alle deutſchen Fürſten vergrößerten ſich immer auf Koſten der Macht des Reiches, Preußen ging hierin am weiteſten. Fremder Einfluß, mit den Intereſſen der einzelnen Fürſten und Stämme verbündet, zerriß immer mehr die deutſche Einheit. Wie konnte Preußen hoffen, durch ſeine Macht allein einen ſol-

chen Verlauf zu hemmen, der zum großen Theile ſein eigenes Werk war?

Es würde uns hier zu weit führen, nachzuweiſen, wie die deutſche Uneinigkeit einen derartigen Verlauf genommen, daß es nun eine Unmöglichkeit geworden, die Einheit in der geträumten Vollkommenheit wieder herzuſtellen. Wir haben es lediglich mit der Gegenwart, mit den gegebenen Verhältniſſen zu thun. Deutſchland hat nun keine andere Wahl mehr, als die zwiſchen ſeiner Föderativ-Exiſtenz auf hiſtoriſcher Baſis, mit aller Kraft, welche dieſe Baſis verleiht, und zwiſchen der Revolution. Preußen war anderer Meinung, es hoffte durch geſetzliche Mittel und freie Verſtändigung einen Mittelweg einzuſchlagen, welchen zu finden die Politik des Herrn von Radowitz ſich zur Aufgabe geſtellt.

Preußen hat in den Angelegenheiten von Schleswig-Holſtein eine Hauptrolle übernommen. Dieß erregte in Europa die allgemeine Aufmerkſamkeit. Es iſt daher nöthig, dieſen Gegenſtand näher in Betracht zu ziehen.

Dahlmann ſagt in ſeiner Geſchichte von Dänemark 3. Band: „Holſtein war von jeher theilbar geweſen; mit Schleswig war das Gegentheil der Fall, und obgleich von einer Theilung, die beſonders der Belehnung von 1386 widerſtritt, öfter unter den Schaumburgern die Rede geweſen, ſo kam es doch nie dazu. Da aber der Lehnsherr jetzt einwilligte, ſo ließ ſich von dieſer Seite nichts dagegen einwenden. Um ſo mehr iſt es den Landſtänden beider Herzogthümer zu verargen, daß ſie den volksfreundlichen Grundſatz der Untheilbarkeit, welchen vor 30 Jahren das Hauptprivilegium feſtſtellte und in Holſtein zuerſt einführte, dieſen einzigen Fortſchritt unter ſo

vielen Rückſchritten aufopferten, und Alles wieder dem Zufalle anheimſtellten, wie viele Prinzen der Himmel beſcheren möge. Gerade wie bei Chriſtiern's Erhebung ſchenkten ſie das Weſen ihrer Zuſtände weg und glaubten es hinterher durch allerlei Formen zurückkaufen zu können. Darum ward die Theilung ſo eingerichtet, daß die Unzertrenntheit beider Lande, welche in dem Hauptprivilegium vorgeſehen iſt, ſo wenig als möglich Schaden dabei nähme. Das will ſagen: nicht blos der Landtag blieb in der Art, wie es noch heute in beiden mecklenburgiſchen Herzogthümern der Fall iſt, gemeinſchaftlich und zwar ſo, daß jetzt ſchon ſchleswig-holſteiniſche Landtage, auf welchen in niederſächſiſcher Sprache verhandelt ward, ganz gewöhnlich waren; ſondern man theilte auch dergeſtalt, daß die Gebiete, Länder und Städte in beiden Herzogthümern, ohne Rückſicht auf den ſtätigen Zuſammenhang der Landſtriche, bloß nach Maßgabe der Nutzbarkeit und des Ertrags dem einen oder dem andern Theile zugewieſen wurden. Nichts alſo von geſchloſſenen Territorien. Man wollte durchaus Eins bleiben, während man doch zwei geworden war, und ſeine Lebensrechnung auch auf mögliche Entzweiung der Landesherrn hätte ſtellen ſollen."

Dieſe Worte über die Verhältniſſe Schleswig-Holſteins zu der Krone Dänemark, wie ſie vor vier Jahrhunderten beſtanden, paſſen noch genau auf den Streit des heutigen Tages. Bis zum Ueberdruß hat man darüber unterhandelt, pragmatiſch und diplomatiſch, ohne die gewünſchte Löſung zu finden, weil zwei getrennte Exiſtenzen heute wie damals Eins bleiben wollen, auch auf den Fall der möglichen Entzweiung der Landesherren, der nun nahe bevorſteht.

Laſſen wir aber dieſe Frage, die, auf ſich ſelbſt zurückgeführt, ſich um Nichts geändert hat, bei Seite, und ziehen wir in Betracht, ob nicht die ſo weſentlich veränderte politiſche Stellung Dänemarks auch alle Beziehungen dieſes Staates zu Deutſchland verändert habe?

Einer der Irrthümer der Gegenwart, die Staatspolitik an den Begriff der Nationalität feſtzuknüpfen, hat in dem ſchleswig-holſteiniſchen Streite das Deutſchthum dem Dänenthum entgegengeſtellt. Alle deutſchen Volksredner haben auf allen Wegen durch Schrift und Wort das deutſche Volk zu einem Kreuzzuge gegen die jederzeit feindlich geſinnten Dänen aufgerufen.

Mit Rückſicht auf diejenigen, welche das Recht wenig achten, oder es nicht richtig auffaſſen, möge die Rechtsfrage hier unberührt bleiben, jene Rechtsfrage nämlich, ob das deutſche Volk als ſolches, und eine deutſche Macht, ſie ſei welche ſie wolle, das Recht haben konnten, mit den Waffen in der Hand gegen einen deutſchen Bundesgenoſſen, wie der König von Dänemark es war, zu interveniren.

Schleswig gehört nicht zum deutſchen Bunde. Dieſe politiſche Trennung der beiden Herzogthümer bezeichnete für Deutſchland die Grenze ſeines Rechtes.

Abgeſehen von allen früheren ſo ſchwankenden Beziehungen dieſer Länder zu Dänemark, bildet dieſe Trennung das neue Recht, in welchem allein die Schlichtung des Streites gefunden werden könnte; eines Streites, der um ſo verworrener geworden iſt, als in ihm ein mittelalterliches adeliges Vorurtheil ſich mit allen modernen demokratiſchen Ideen von Nationalſouveränität verbünden will. Die höher gelegene inter-

nationale Frage, aus welcher jene der Politik Deutſchlands ſich ergeben ſollte, blieb bis jetzt unberückſichtigt.

Die Staatskunſt auf die Politik angewendet, ſoll die Rechte wahren, wenn ſie Vortheile bringen; ein kluger Staat wird gewiß nie ſtreiten, um ein Recht zu behaupten, welches aufgehört, ihm von Nutzen zu ſein; unbedenklich würde er es fahren laſſen; es wäre des Streites nicht werth.

Das deutſche Volk und die es vertretenden Organe haben ſich zunächſt die Frage zu ſtellen: Was iſt heute Dänemark? Einſt das mächtigſte Raubvolk zur See, machte es alle nordiſchen Völker, die Niederlande, Frankreich, vor ſeinen Einfällen zittern, es eroberte England, und ein däniſcher Stamm gab ihm den Namen. Als es ſich ſpäter zum Staate geſittete, wurde es Gründer und Haupt des ſcandinaviſchen Reiches. Die Vereinigung der drei Kronen dauerte nicht lange; der ſchwediſche Adelſtolz wollte das Uebergewicht der Dänen nicht ertragen; die Union von Calmar wurde gewaltſam zerriſſen. Dänemark blieb aber noch mächtig in der Oſtſee; es hatte Danzig, Stralſund gebaut, und beſaß noch viele andere Puncte auf dem feſten Lande. Es hatte ſich mittlerweile auch die Hanſa als Handels- und Schifffahrts-Geſellſchaft gebildet, und politiſche Conſiſtenz gewonnen. Eiferſucht von der einen und Anmaßung von der anderen Seite führten gar bald zum harten Kampfe zwiſchen der Hanſa und Dänemark, in welchem das letztere nicht im Vortheile blieb.

Die neue Richtung, welche der Welthandel genommen hatte, die raſche großartige Entwicklung der holländiſchen und der engliſchen Handels- und Kriegsſeemacht richtete zwar bald die Hanſa zu Grunde; aber auch die vorige politiſche Größe Dänemarks ſchwand dabei auf immer dahin.

Die ſpätere Eroberung Finnlands durch Rußland, das Entſtehen einer ruſſiſchen Kriegsmarine im baltiſchen Meere, die Erniedrigung Schwedens zu einem Staate kaum des zweiten Ranges, ſteigerten den beſtehenden Verfall Dänemarks beinahe bis zur gänzlichen Auflöſung. Die Einäſcherung Kopenhagens, die Entführung der ganzen däniſchen Flotte und die Wegnahme Norwegens gegen eine kleine Geldabfindung beſiegelten das Ende eines ehedem mächtigen Volkes.

Lächerlich wäre die rührige Gehäſſigkeit des großen deutſchen Volkes gegen die machtloſen Ueberreſte eines alten germaniſchen Stammes, wenn ſie nicht das Zeichen der unverzeihlichſten politiſchen Kurzſichtigkeit wäre. Sie iſt um ſo bedauerlicher, weil ſie grauſam iſt. Es gibt keinen Winkel der Erde, wo nahe beiſammen wohnende Stämme ſich unter einander ſo hartnäckig bekriegt hätten, als alle die Bewohner der cimmeriſchen Halbinſel und die Dänen Bewohner der Inſeln mit ihren Nachbarn, den Frieſen, Schleswigern, Ditmarſchen, Kielern, Lübeckern, Hamburgern, Holſteinern; ſie haben ſich Jahrhunderte lang jämmerlich aneinander verblutet. Man begreift, wie das heiße Blut den Südländer leidenſchaftlich und blind zum Kampfe treibt, ohne viel und lang über deſſen Veranlaſſung zu denken; ein unüberlegtes Wort, eine gewaltthätige Handlung waren oft Urſache langer und grauſamer Fehde. Das Temperament des Nordländers iſt aber kühler; er handelt nicht ſo raſch; nur ein bis zum Unverſtand verhärteter Trotz vermochte ſo langwierige, blutige Kriege zu verurſachen. Nach langer Ruhe flackert nun ein ſolches Feuer wieder auf; die Deutſchen ſchüren es von allen Seiten; ſie werfen nur ſo viel Reiſig darauf, als nöthig iſt, um es brennend zu unterhalten, nicht

genug zu einer ſiegreichen Entſcheidung. Dieſe Entſcheidung würde Dänemark die beiden Herzogthümer entreißen. So bedeutend verkleinert und vom Feſtlande beinahe ganz getrennt, würde bei nächſter Gelegenheit die Inſelgruppe Dänemarks eine Beute von Rußland oder England, oder als leichter Spielball zwiſchen beiden hin- und hergeworfen werden. Dieß wiſſen dieſe Mächte ſehr wohl, deßhalb haben Beide jede Gelegenheit geſucht und benützt, um dieſen Staat bis zu dem Grade zu ſchwächen, wohin es mit ihm gekommen iſt. Am Sund wollten ſie keine Macht, blos einen wehrloſen Pförtner, dem man willig bei der Ein- und Ausfahrt Thorgeld bezahlt.

Welche andere politiſche Exiſtenz kann Dänemark bei einer ſolchen Sachlage noch haben, als indem es ſich als treuer Verbündeter an Deutſchland feſt anklammert? Die beiden Herzogthümer ſind Ringe am Geſtade, an welchen die däniſchen Inſeln bei den Stürmen, die ſie bedrohen, ſich mit Sicherheit anhängen könnten. Warum will ſie das deutſche Volk zurückſtoßen?

Wenn man Eroberer ſein will, iſt man dabei ſelten gewiſſenhaft; Beides läßt ſich ſchwer vereinigen; man ſucht nur Vortheile; entweder Vergrößerung der Macht überhaupt, oder Einnahme einer gebietenden Stellung, wichtig in militäriſcher oder Handelsbeziehung. Bedarf Deutſchland einer Territorial-Vergrößerung, wenn ſie ihm keine anderen Vortheile bringt, als nur jene des Beſitzes? Gewiß nicht; denn die Größe und die Ausdehnung ſeiner Gebiete ſind mit ein Grund ſeiner Uneinigkeit. Was Deutſchland Noth thut, iſt, aufzuhören Binnenland zu bleiben und eine Weltmacht zu werden; hiezu gehört Land- und Seemacht.

Wäre für dieſen Zweck durch die Einverleibung von Schleswig und Holſtein für Deutſchland etwas gewonnen? Man befrage darüber die Geſchichte. Dänemark und die Hanſa ſind beide zu Grunde gegangen, weil ſie nicht Eins waren. Der Beſitz der beiden Herzogthümer würde keine Seemacht bilden. Nur in der Vereinigung des ganzen däniſchen Staates mit Deutſchland würden Stoff, Mittel und Wege hiezu gefunden werden. Die Zeit der Eroberungen iſt aber vorüber; ſie hat jener vernünftigeren der Bündniſſe Platz gemacht. — Dänemark ohne Deutſchland iſt nicht mehr lebensfähig; Deutſchland ohne Dänemark kann niemals zu jener Entwicklung kommen, deren es bedarf. In dieſem gegenſeitigen Verhältniſſe liegt die Grundbedingung zu der innigſten, vortheilhafteſten politiſchen Allianz.

In den Anfängen des deutſchen Reiches beunruhigten die Dänen die deutſchen Gebiete nach verſchiedenen Richtungen. Ein Zug derſelben drang über das Frieſenland, durch Holland, bis gegen Aachen; obgleich ſie mit bedeutendem Verluſte zurückgeſchlagen wurden, entſchloß ſich doch Carl der Große, ſie wegen dieſer Dreiſtigkeit zu züchtigen und mit Einem Schlage mit ihnen fertig zu werden. Er ſtellte ſich an die Spitze einer Armee und zog durch Niederſachſen gegen ſie; er trennte ſie von verſchiedenen ſlaviſchen Stämmen, mit welchen ſie ſich zur Verheerung Deutſchlands verbündet hatten, und ſchlug ſie bis über die Eider. An dieſem Fluß ſteckte er die Grenze ſeines Reiches und ſchloß mit dem Dänen-Könige Frieden. Die Eidergrenze iſt die einzige, welche von ſeinem großen Reiche dieſelbe geblieben iſt; ſie wurde bei dem Wiener Congreſſe noch als ſolche bezeichnet. Wären in jenen Zeiten die nordiſchen

Völker nicht in die Dunkelheit des gröbſten Heidenthums und in gänzliche Verwilderung verſunken geweſen, hätten Schifffahrt und Handel bei ihnen ſchon geblüht, würde Carl der Große ganz gewiß nicht an der Eider ſtehen geblieben ſein; ein Blick in die Zukunft und die ihm eigenthümliche Kraft hätten ihn bis an den Sund geführt. Da man mit dem Schwerte des großen Kaiſers, welches keine Hand gegenwärtig zu führen vermöchte, nicht bis dahin vorſchreiten kann, ſoll man dieß auf den Wegen der Neuzeit zu erreichen verſuchen. Dieſer Zweck drängt ſich als eine deſto größere Nothwendigkeit auf, als der Abfall der vereinten Niederlande und ihre Losreißung von Deutſchland ihm dort alle Wege zur See geſperrt hat.

Das feindſelige Element zwiſchen Deutſchthum und Dänenthum iſt ein Hinderniß zu dieſem Zwecke. Die Politik, weit entfernt, einen Grund zu dieſer Feindſeligkeit zu liefern, würde vielmehr zur Annäherung rathen; wenn ſie es nicht thut, ſo kommt es blos aus irrigen Anſichten oder aus einem blinden Volksgefühl. Wir glauben an das Letztere.

Die Neigung für den Particularismus — jene charakteriſtiſche Eigenheit der deutſchen Volksgeſinnung — hat ſich in ihrer urſprünglichen Stärke erhalten; wie die Deutſchen unter ſich getrennt bleiben, wollen ſie auch ſich ganz von den anderen Völkern abſondern; ſie bedenken nicht, daß Macht, Größe und Reichthum eines Volkes von der Vervielfältigung ſeiner Beziehungen und ſeines Verkehrs mit anderen Völkern unzertrennlich ſind. Kein Volk kann in ſich ſelbſt und in ſeiner Iſolirung die Baſis ſeiner Größe finden. Zur Größe Roms lieferte die Welt die Bauſteine; England geht nicht wie Rom auf dem einzigen Wege der gewaltſamen

Eroberung; durch den mannigfaltigſten Welt- und Völkerverkehr bildet es ſeine Macht, ſammelt es ſeinen Reichthum. Nie wird einem Engländer die Idee beikommen, dem engliſchen Monarchen zu unterſagen, über ein fremdes Volk zu herrſchen; das National-Selbſtgefühl iſt zu keiner Zeit und von keinem Volke bis zu dieſem Grade ſtolzer Abſonderungsſucht geſteigert worden.

Um wieder auf Dänemark zurückzukommen, ſind denn die Dänen als Raçe den Deutſchen fremd? ſind ſie nicht germaniſchen Urſprungs? iſt ihre Sprache nicht eine Mundart der deutſchen und bildet die niederſächſiſche, das heute ſo genannte Plattdeutſche, nicht den Uebergang beider Idiome? Iſt die geiſtige Bildung der Dänen nicht eine deutſche? Iſt Oehlenſchläger nicht ein deutſcher Dichter? Anderſen nicht deutſcher Erzähler? Oerſted nicht ein deutſcher Gelehrter? Lebt denn nicht in allen ihren Dichtern das Gefühl deutſcher Dichtung? liegt in ihren Novellen und Erzählungen nicht deutſche Anmuth? ſpricht aus allen ihren Gelehrten nicht deutſche Wiſſenſchaft? Warum ſie alſo zurückſtoßen? warum ſie haſſen? Soll das grobe Gefühl gemeiner Matroſen an der Oſtſee oder in den Gewäſſern der Belte Geſetz werden zur Regelung der völkerrechtlichen Verhältniſſe? Soll eine für Deutſchland ſo wichtige Angelegenheit der unſinnigen Gehäſſigkeit einer blinden Tagespreſſe zum Opfer gebracht werden? Es ermanne ſich das deutſche Volk; es beherrſche ſich ſelbſt und läutere ein zwar an und für ſich edles, aber von der aufgeklärten Denkweiſe nicht gebilligtes Gefühl; es erkenne in dem Verhaßten einen lange getrennten Stammesgenoſſen, den harte Geſchicke ihm als Freund wieder in die Arme führen. Es beſchließe

das deutſche Volk mit allgemeiner Zuſtimmung einen Grundvertrag mit Dänemark, welcher feſter und in ſeinen Folgen gewichtiger ſein wird, als alle jene, die von diplomatiſcher Gewandtheit unterhandelt werden könnten. Alle Künſte fremder Schelſucht würden ſcheitern an der Aufrichtigkeit einer gegenſeitigen Zuneigung. Unter der verbündeten däniſch-deutſchen Flagge würde ein Seeweſen entſtehen, das im Stande wäre, alle gemeinſchaftlichen Intereſſen zu beſchützen. Die beſten Matroſen, die es gibt, jene der alten Hanſa und des alten däniſchen Volkes, würden ſich vereinigen und, wie auf den Wink eines Zauber-Dreizackes, würde man aus allen Buchten und Rheden wohl bemannte Kriegs- und Handelsſchiffe auslaufen ſehen. (Wie kleinlich unfruchtbar erſcheinen dagegen die Aufrufe an die deutſchen Frauen und Mädchen, ihr Geſchmeide zur Erbauung einer deutſchen Flotte dem Vaterlande zu opfern!)

Die öſterreichiſche Regierung hat die Wichtigkeit des däniſchen Staates für Deutſchland zu keiner Zeit verkannt; ſie hat darum von jeher in einem rein deutſchen Intereſſe die innigſten Verhältniſſe mit dem däniſchen Hofe zu unterhalten geſucht. Die Entfernung des öſterreichiſchen Staates gibt dafür Bürgſchaft, daß Oeſterreich dabei das Wohl Deutſchlands in den Vordergrund ſtellte. In dieſer Anſicht ſind die Gründe des Verhaltens zu ſuchen, welches das öſterreichiſche Cabinet in dem holſtein-ſchleswig'ſchen Streite befolgt hat. Eine tiefer gehende Anſchauung der politiſchen Lage Dänemarks vereinigte ſich mit der Frage des Rechtes, um Oeſterreich zu beſtimmen, ſich in London den Mächten anzuſchließen, welche die Integrität des däniſchen Staates erhalten wollen.

Warum hat ſich Preußen von dieſer Politik entfernt?

Die Beantwortung dieſer Frage liegt nahe. Preußen iſt jetzt nicht in der Lage, einer höheren allgemeinen Politik zu folgen, es hat ſich iſolirt. Preußen liegt ſelbſt in den Geburtswehen eines neuen Staates. Anſtatt die natürliche Vollendung dieſer neuen Bildung von der Zeit abzuwarten, hat es, getrieben von einſeitigem Ehrgeiz und irregeleitet von einer tief angelegten Verſchwörung, eine erzwungene Frühgeburt gewollt. Mit der Zange ſollten aus dem Mutterleibe (Deutſchland) die verſchiedenen Glieder dieſes neuen Körpers erfaßt werden; die Anwendung der Gewalt brachte ſie aber zerriſſen und leblos zum Vorſchein. Ueber den Mißgriff wurde der Haupt-Operateur entlaſſen. Um die Schmerzen der Operation weniger fühlbar zu machen, hatte er den Patienten mit deſſen eigenen, edelſten Gefühlen ätheriſirt. Während der künſtlich hervorgerufenen ſchönſten Träume wurde die Gegenwart nicht empfunden, nicht gewürdigt, nicht berechnet. Dazu vereinigte ſich Preußen mit einer in Deutſchland volksthümlich gewordenen Anſicht: es ſtellte ſich in der holſteiniſchen Frage an die Spitze des Krieges gegen Dänemark.

Da man jedoch in Berlin durch die Macht der Umſtände zeitweilig auf die höhere Politik einer Großmacht unwillkürlich zurückgeführt wird, zeigte ſich auch in Folge deſſen jenes Schwanken der Beſchlüſſe, welches weder den Krieg zu ſeinem Endziel zu führen, noch einen annehmbaren Frieden herzuſtellen vermochte.

Wenn wir uns hier eine ſcharfe Rüge über eine fremde Regierung erlauben, die uns ſo lang eine treu verbündete war, ſei es uns wegen der beinahe ſchauderhaften Tragweite ihrer Beſchlüſſe verziehen. Wo wäre übrigens eine Regierung, wo ein

Staatsmann, wo ein Geſchäftsmann, welche in dieſen ſtürmiſch bewegten Zeiten niemals geirrt, die Wahrheit immer erkannt hätten, die auf dem richtigen Wege, ohne einen einzigen Schritt davon abzuweichen, immer feſten Fußes vorangeſchritten wären?

Der Steuermann, welcher auf hoher See von Sturm und Unwetter überfallen, unmächtig wird, ſeinem Schiffe die Richtung zu geben, weiß, daß er ſeine Widerſtandskräfte bis zur Abnahme des Sturmes ſparen müſſe, denn, zur Unzeit gebraucht, würden ſie bald mithelfen, das Schiff zum Wrack zu zertrümmern, oder zum Umſchlagen zu bringen; er zieht daher die Segel ein, er hängt das Steuerruder aus; er iſt nur um Eins beſorgt: er nimmt vom Verdeck den Compaß weg, damit er nicht vom Wellenſchlag weggeſpült werde; er hält ihn feſt und würde lieber zu Grunde gehen, als ihn aus der Hand laſſen, — denn er weiß, daß er ohne den Compaß ſeinem Schiffe die Richtung nicht geben könnte. Der Staatsmann, dem es obliegt, bei heftigen Revolutionsſtürmen das Staatsſchiff zu lenken, hat gleich jenem Steuermann den Staatscompaß feſt in die Hand zu nehmen. Der politiſche Compaß iſt das Recht; damit geht man auf der hohen See der Politik nicht irre, nicht verloren; je ſtürmiſcher die Zeit, deſto feſter muß man ſich daran halten.

Wenn auch zur Zeit des heftigſten Sturmes Oeſterreich nicht hat alle Rechte wahren können, ſo hat es doch immer an dem Begriffe des Rechtes feſtgehalten.

Das Unvermeidliche muß man in der Politik, wie überhaupt im Leben zu ertragen wiſſen, es fällt Niemand zur Laſt; nur die Willkür iſt ſträflich. Die Strafe für die Macht, welche ſich vergeht, iſt nebſt den aus dem Vergehen ſich von

ſelbſt entwickelnden Folgen, der Tadel. Man vergleiche und ſpreche demnach das Suum cuique!

Aus dem Vorhergehenden ergibt ſich Folgendes:

Die Staaten werden nicht auf dem Wege der friedlichen Vereinbarung plötzlich gebildet; um dieß zu bewerkſtelligen, muß man die Entſchloſſenheit, den verwegenen Muth haben, mit den Waffen in der Hand einem Volke ſeine Geſetze zu dictiren, ſeine zerſtreuten Stämme durch Gewalt zu vereinigen und ſeine kleinen Staatsregierungen zu beſeitigen. Man vergrößert ſich nur durch Kriege und ſichert ſeinen Einfluß nur durch die Eroberung. Es war ein ſchöner königlicher Traum, auf legalen Wegen ein idealiſches Endziel erreichen zu wollen. Es iſt ein unbeſtreitbares Recht, eine Ordnung der Dinge zu wollen, wodurch man uneinig, zerſplittert und am Ende ſchwach ſein wird. Glaubte Preußen wirklich das deutſche Volk beglücken, ſtärken und einigen zu können? Nahm es an, daß der Schulbegriff eines nationaleinigen Staates nur durch Zwang verwirklicht werden könne, ſo mußte es oder ſollte es einſehen, daß die Beiſtimmung des Volkes und der Fürſten zur Einigkeit nicht zu erreichen war. Das deutſche Volk war nie, in keinem Puncte einig; es erkannte weder ein Geſetz, noch ſeit dem dreißigjährigen Kriege eine Religion; es war nie in dem Grade zerriſſen als im Jahre 1848, wo ſich drei Parteien und eine Menge Fractionen bekämpften; die Einen wollten einen Kaiſer, die Anderen einen Föderativſtaat, die Dritten eine Republik. Nie waren in Deutſchland Fremde ſo gehaßt, wie ſich dieſe Parteien haßten. Es fehlte alſo die Grundlage des zu bildenden Rechtsſtaates die — Einheit des

Willens. Aber noch mehr fehlte die Einheit der Abſtammung, die Einheit der Sitten und Gewohnheiten, die Einheit der Geſchichte. Konnte Preußen da hoffen zu einigen? Das Parlament, die Union, der Bund, die diplomatiſchen Verhandlungen, Alles bewies, daß Deutſchland nicht einig ſein wollte; denn der Wille des Volkes gab ſich in allen dieſen Organen kund. Oder will man beſtreiten, daß die deutſche Reichsverſammlung, die Union, der Bundestag, ohne Uebereinſtimmung mit dem Volke handelte — wohlan — ſo ſehe man auf die Volksverſammlungen, man vergleiche ihre Beſchlüſſe und man wird finden, daß gerade im Volke die größte Uneinigkeit herrſchte. Man erkenne immerhin die Souveränität des Volkes, ſie iſt in gewiſſem Verſtande eine Wahrheit — der Wille des Volkes iſt factiſch unbeſiegbar — aber gerade kraft dieſes Princips war Deutſchland uneinig, der Wille des Volkes war getheilt. Deutſchland konnte alſo zur Einigkeit nur gezwungen werden. Dazu gehörte ein Eroberer, der Geiſt und die Gemüthsart Friedrichs des Großen, ein Herz von Stein und eine Hand von Eiſen. Friedrich Wilhelm wollte aber gewiß die Deutſchen beglücken und nicht unterjochen. Da ſein Gewiſſen, ſeine Frömmigkeit und Redlichkeit dieſe Mittel der Gewalt verſchmähten, ſo blieb ihm nichts übrig, als den beſtehenden Bund zu erhalten, und innerhalb desſelben mit ſeinem alten Bundesgenoſſen, Oeſterreich, zu verſuchen, was etwa durch ein kräftigeres Zuſammenwirken auf geſetzlichem Wege mit Hilfe der Zeit und günſtiger Conjuncturen für den Ruhm Deutſchlands Erſprießliches zu erreichen wäre. Nur durch die Innigkeit dieſer Vereinigung kann Deutſchland ſeinen Feinden dereinſt in allen Fällen die Spitze bieten.

Der König von Preußen hat hundert Beweiſe gegeben,

daß er nur durch den Bund dieſe Zwecke erreichen wollte. Vor dem Jahre 1848 wies er Alles von ſich, was ihn mit den Fürſten vereinigen konnte. Vermochte er einen ſtärkeren Beweis ſeinen loyalen Abſichten zu geben, ſelbſt nach 1848, als indem er die Offerte der deutſchen Kaiſerkrone in jener hiſtoriſch merkwürdigen, den Ultrademokraten ſo verhaßten Manier ausſchlug, während Oeſterreich gegen deren Annahme nur einen Proteſt hätte einlegen können? Eine außerordentliche Lage der Dinge, die Gehäſſigkeiten der Journale, die nicht enden wollenden Ausfälle derſelben, die ideologiſchen Neigungen des Herrn von Radowitz, der es meiſterlich verſteht, die kühnſten und poetiſcheſten Gedanken ſchulgerecht vorzutragen, haben bewirkt, daß der König auf Ideen einging, welche ſeiner allgemeinen Denkweiſe nicht fremd waren. Er war mit Recht ein Gegner des vormärzlichen Syſtems des Nichtsthuns, des ſchlaffen Bundesregiments, der ſyſtematiſchen Herabwürdigung des nur polizeilich, ohne höheren Zweck, geleiteten Deutſchlands. Der Zeitraum von 1840 bis 1850 mochte ihm die Ueberzeugung beigebracht haben, daß er die Zuſtimmung Oeſterreichs zu ſeinen Plänen nie würde erhalten können. Später ſchürten Ehrgeiz, perſönliche Leidenſchaften der Zwiſchenperſonen, den Brand der Gefühle. Ein König darf aber nicht haſſen und kann nie beleidigt werden. Der König wird zu ſeiner urſprünglichen, ſehr praktiſchen Idee zurückkehren, durch den Bund die Größe Deutſchlands zu bewirken. Die Zeit, wo dieß geſchehen kann, iſt gekommen. Das frühere Syſtem iſt im öſterreichiſchen Cabinete nicht mehr möglich.

Man ſpricht in Preußen viel von dem leuchtenden Beiſpiele Friedrich's des Großen, dem ſein Enkel nachſtreben müſſe. Es iſt die Pietät für die Tugenden ſeiner Vorfahren in allen

Zeiten ein mächtiger Impuls für edle und große Thaten gewesen. Allein sehr zu bezweifeln ist, ob der jetzt regierende König in dem Betragen seiner Vorfahren eine Rechtfertigung seiner jetzigen Politik finden könne. Sind denn die Zeiten Maria Theresia's die unserigen? Ist denn die Lage Europa's und die Lage Oesterreich's noch dieselbe? Ist es wohl denkbar, daß Friedrich der Große heute eben so handeln würde, wie er im siebenjährigen Kriege gegen eine schutzlose, von allen ihren Alliirten verlassene Frau gehandelt?

Friedrich der II., groß durch den Krieg, war größer noch geworden durch kalte Selbstbeherrschung. Er, der Feldherr, der Sieger, der das Selbstbewußtsein einer entschiedenen Ueberlegenheit als Stratege haben mußte, entsagte nach dem siebenjährigen Kriege dem Krieg für immer. Er hatte die früher eroberte Vergrößerung seines Staates durch diesen Krieg gesichert, er hatte sich einen Ruhm erworben, den ihm Niemand streitig machen konnte; er legte in richtiger Erkenntniß der vielfältigen und großen Gefahren, die er überwunden hatte, den Degen nieder und nahm dafür das Zepter in die Hand, um die verschiedenen Theile seiner Monarchie zu einem Ganzen zu bilden und zu organisiren. Er wollte nichts mehr auf das Spiel der Schlachten setzen, und was er später noch erwarb, verdankte er der Gewandtheit einer Politik, als deren Schöpfer man einen unbesiegten Helden erkannte. Er wußte Alles zur rechten Zeit zu machen. Die jetzige Situation des österreichischen Staates, der die Macht des Reiches unter Maria Theresia weit hinter sich zurück läßt, würde ihn gewiß nicht einladen, einen siebenjährigen Krieg zu wagen.

In der Würdigung der Zeit liegt eine der Hauptbedingun-

gen der Staatskunst. Der Wille des Menschen kann niemals mächtig genug sein, um, ohne von den Verhältnissen getragen zu werden, sich selbst durchzuführen. Die tiefste Ueberzeugung eines Rechtes reicht nicht hin, um es zur Geltung zu bringen. In dieser Ueberzeugung läge aber noch ein Entschuldigungsgrund für ein zur Unzeit gewagtes Spiel. Was soll man aber von einem Unternehmen denken, welches, ohne ein klares Recht und eine Pflicht für sich geltend machen zu können, zur Durchführung einer Idee Alles auf das Spiel setzen will? Hierüber wollen wir uns näher erklären.

Ein Plan mag an und für sich noch so edel, erhaben, gerecht sein — er gehört, wenn die Zeitverhältnisse ihn zur Unmöglichkeit machen, blos allein ins Ideenreich. So ist die Einheit Deutschlands, als Einheit der Souveränität über dasselbe gedacht, eine bloße Idee, weil sie eine Unmöglichkeit geworden; nur Deutschlands politische Vereinigung ist denkbar. Auch Form und Wesen dieser Art der Einheit waren durch die Revolutionskriege verloren gegangen. In dem sogenannten Befreiungskriege, der jedoch kein deutscher, sondern ein allgemein europäischer Befreiungskrieg war, wurde erst die Möglichkeit erkämpft, die politische Freiheit eines allen Deutschen gemeinschaftlichen Vaterlandes wieder herzustellen.

König Friedrich Wilhelm III. fügte sich der neuen Form Deutschlands um so williger und zufriedener, als der preußische Staat vergrößert und verjüngt aus dem harten Strauße hervorgegangen. Die noch übrigen 25 Jahre seiner Regierung benützte er, um nach dem Vorbilde Friedrichs des II. sich ausschließend mit der Organisation des Innern zu beschäftigen. Bedeutende Verbesserungen (heut zu Tage Reformen ge-

nannt) wurden in allen Zweigen der Gesetzgebung und der Staatswirthschaft vorgenommen und mit Glück bewerkstelligt. Der Staat wurde mit kluger Einsicht als preußischer Staat einem fest vorgesteckten Ziele zugeführt. Der König hielt sich streng in dem Verband der großen Allianz, der allein Preußen seine Wiedergeburt verdankte.

Er hinterließ einen vortrefflich geregelten Staat. Jeder reif denkende Preuße sah dessen Zukunft mit Zuversicht entgegen; er konnte verstehen, welches Ziel man anstrebte. Der preußische Staat hatte eine Größe, welche, gestärkt durch eine feste politische Stellung, ihn zur Großmacht erhob. Große Zwecke lassen sich nicht durch Handstreiche erzielen; sie erfordern ruhige Beharrlichkeit des Ganges und, da eine Großmacht nur große Zwecke verfolgen soll, muß sie der gewählten und ihrer Stellung zusagenden Richtung treu bleiben. Es liegt hingegen in der Natur einer Macht zweiter Ordnung, daß sie ihre Stellung nach Umständen zu verändern strebt, um von allen Seiten Nutzen zu suchen, und sich so nach und nach, wenn das Spiel ihr gelingt, bis zum ersten Range empor zu schwingen. Uebel berechnet würde es dann von ihr sein, die feste geregelte Bahn einer sich selbst bewußt gewordenen Größe nicht zu verfolgen, und sich ferner noch einer unberechenbaren kometenartigen Bewegung zu überlassen.

Eine solche war die neue Bewegung Preußens seit dem Jahre 1840. Reiche sind aber keine Gedichte, sie lassen sich nicht improvisiren, sie müssen nach und nach mühevoll und sorgfältig zusammengefügt werden, damit sie haltbar seien. Weder Eroberung allein, noch viel weniger wohltönende Worte sichern ihre Dauer.

Was dem letzten Decennium der preußischen Geschichte gemangelt hat, ist die Kunst, den richtigen Zeitpunct zu ermessen und die Ruhe, ihn abzuwarten.

Weil der deutsche Bund sich nicht lebenskräftig gezeigt hatte, wollte sich Preußen an seine Stelle setzen, ohne zu bedenken, daß, was Waffengewalt nicht durchführt, um so mehr der Grundlage des Rechtes bedarf. Herr von Radowitz wähnte, durch die Macht seines Wortes Beides ersetzen zu können. Es wird erlaubt sein, den bekanntlich streng orthodoxen Staatsmann zu erinnern, daß erst nachdem Himmel und Erde geschaffen war, Gott sprach: „Es werde Licht," und es ward Licht. Herr v. Radowitz machte es umgekehrt: er sprach zuerst „es werde Licht" und sagte aller Welt gemüthlich seine Pläne und blieb dann die Schöpfung schuldig. Er sprach: es werde ein Deutschland nach meinem Sinn und Gedanken und auf meine Weise, und — es ward nicht. Anstatt etwas zu erschaffen, zertrümmerte er das Bestehende; um Bausteine zu seinem Werke zu haben, suchte er die Einheit in der Entzweiung; weigerte er sich, um Friedensstifter zu werden, einen geschlossenen, ratificirten Frieden gut zu heißen; stiftete er, der christliche Mann, überall Zank und Hader und endigte damit, daß er seinem erlauchten Herrn und Gönner eine Dornenkrone auf's Haupt setzte, mit der Verheißung, daß sie in dem Augenblicke der geschehenen Verklärung mit unendlichem Glanze strahlen werde.

Der Geist Friedrichs des Großen sah gewiß nicht billigend herab auf das unpraktische Beginnen des Herrn v. Radowitz; denn Friedrich der Große gehörte sicher nicht zu jenen Helden der Geschichte, welche, sich selbst überschätzend, dem Glauben an ihre persönliche Allmacht huldigen; er suchte immer Bünd-

niſſe und handelte immer erſt, wenn ſie geſchloſſen waren. Seine ganze Regierung war eine ununterbrochene Reihe von diplomatiſchen Unterhandlungen, welche den Zweck hatten, Freunde zu ſuchen und Feinde zu entzweien. Herr v. Radowitz that das Gegentheil: er ſtieß die Freunde von ſich und gab den Feinden Vereinigungsmittel an die Hand. Mit welcher Thätigkeit ſuchte Friedrich der Große Bayern für ſich zu gewinnen und die ſüddeutſchen Fürſten in ſeine Unternehmungen zu verwickeln, er ſtachelte ihren Ehrgeiz, erregte ihre Vergrößerungsſucht; — Herr v. Radowitz ging freilich etwas gerader zu Werke; aber es war wohl ein ſehr gewagtes Vertrauen, allen kleinen Fürſten zu ſagen: Ihr ſollt weder regieren noch etwas gewinnen, Ihr ſollt Euch nur unterwerfen und von mir als Oberhaupt das Geſetz empfangen; Ihr habt Euch zu opfern und — der Himmel und die Geſchichte werden Euch für das unerhörte Beiſpiel einer glänzenden Selbſtverläugnung belohnen!

Mit welchen Freunden gedachte Herr v. Radowitz ſeine Pläne auszuführen? Wo hätte ſich je die Sehnſucht der deutſchen Fürſten ausgeſprochen, ihre Special-Intereſſen denen des Geſammtvaterlandes aufzuopfern? Durch welche Handlungen des Patriotismus berechtigten ſie denn Preußen zu einem Zutrauen, welches, von gewiſſer Seite beurtheilt, kaum ein ſchmeichelhaftes genannt werden kann? Iſt es je von Menſchen zu hoffen, daß ſie ſich zu Gunſten einer Idee eines ſicheren Vortheils begeben werden? Möge Preußen in dieſem Augenblicke nicht vergeſſen, daß, um eine Begeiſterung zu wecken, welche Märtyrer macht, man vorerſt gekreuzigt werden müſſe. Gedachte aber Preußen und gedenkt es noch heute nicht die deutſche Welt durch den Tod des eigenen Staates zu befreien,

mit welchen Hilfsmitteln, mit welchen Bündniſſen, mit welchen zuverläſſigen Freunden kann es hoffen ſeine Pläne durchzuſetzen?

Es iſt in dieſem Augenblicke aus ſeinen alten Bündniſſen getreten, das heißt, es iſt von einer Macht erſten Ranges in einen zweiten Rang herabgeſtiegen. Preußen ſteht allein, es muß neue Bündniſſe ſuchen — es wird ſie nur finden, wenn es ſich herbeiläßt, fremden Zwecken zu dienen; nach dem Erfolge wird ihm allenfalls ein Lohn zugetheilt werden. Anders läßt ſich die Zukunft des neuen Preußens nicht denken, wenn es neu bleiben und zu ſeinen früheren Allianzen nicht zurückkehren will.

Die Allianz Oeſterreichs und Preußens mit Rußland war keine Allianz der Regierungsſyſteme und politiſchen Principien, ſondern eine Allianz der Intereſſen zwiſchen Staaten, die an einander grenzen und welche die Natur ſo geſtellt hat, daß ſie mit einander leben und verkehren müſſen.

Eine Allianz der Nationen kann niemals weder von den Ideen noch von den Regierungsformen, ſondern nur von den Intereſſen vermittelt werden. Im widrigen Falle wird immer der ſchwächere Verbündete der Sclave des Stärkeren werden. Man nähere ſich, wenn man Vortheile dabei findet, den praktiſchen Handelsideen, die in England herrſchen; man vereinige ſich mit den Ideen, welche in Frankreich die Nation empfindlich für ihren Ruhm, freiſinnig im Denken und Glauben machen: aber man alliire ſich nicht mit ihrem Staatenleben, das andere Intereſſen hat, als das unſrige, man alliire ſich nicht gegen die Natur, nicht gegen ſein Intereſſe.

Deutſchland, Oeſterreich, Preußen, Rußland, das iſt die natürlichſte Allianz der Intereſſen, wodurch Deutſchland allein

groß werden kann, aus dem einfachen Grunde, weil die Centralstaaten des europäischen Continents zusammen zu halten haben, um sich gegen das Uebergewicht der Seemächte zu schützen und zu verwahren, nicht um nach Napoleon'scher Art sich abzusperren, sondern vielmehr um sich freie Wege zur See und einen freieren Handel zu erzwingen. Trennen sie sich, und gibt Preußen die Veranlassung dazu, so wird es sich zunächst in Handelssachen dem Gesetze Englands beugen, in der Politik des Festlandes allen unberechenbaren Revolutionsgelüsten Frankreichs anschließen müssen.

England aus Handelsrücksichten, Frankreich durch eine von geschichtlicher Ueberlieferung beinahe geheiligte Politik, vereinigen sich in der Ansicht, Deutschland sei als Macht zu schwächen. Ist es nicht ein gewagtes Spiel, sich von seinen früheren Allianzen zu trennen, Deutschland an sich reißen zu wollen und zu glauben, daß man mit diesem Lande, zerrissener als es je war, im Stande sein werde, alle Interessen der Deutschen gegen die zwei Seemächte zu wahren, die gerade das Gegentheil dessen wollen, was Preußen durchzuführen anstrebt?

Nur Rußland hat das Interesse, Deutschland, Oesterreich und Preußen groß werden zu lassen; sie sind seine Nachbarn, sie können ihm nicht schaden, weil sie Rußland als eine feste Hintermauer brauchen, an die sie sich lehnen können; sie können ihrerseits ihm Nutzen gewähren, als eine Vormauer und Hilfsmacht; je stärker sie sind, je leichter und ungehinderter wird Rußland seine Entwickelung vollbringen können.

Was die russische Allianz insbesondere betrifft, ist es ein mächtiger Unterschied zwischen Bundesfreundschaft und Vereinigung der Regierungssysteme und politischen Tendenzen.

Das ruſſiſche Cabinet iſt ein zu aufgeklärtes, um zu wollen und zu hoffen, daß jemals ruſſiſche Regierungsmaximen in Europa Platz greifen könnten; denn es regiert ja in ſeiner Weiſe nur aus Achtung vor den Geſetzen der Nothwendigkeit. Sollte es in Europa ein Princip aufgeben, das es im Oſten achtet? Sollte es glauben, die für Aſien paſſende Regierungsart in Europa einführen zu können? Sie beſteht zum Theil noch in Rußland, weil dort noch keine andere möglich geworden. Ein Staat von ſolcher Ausdehnung läßt ſich nicht ſo leicht und ſchnell reformiren. Rußland geht aber den Weg der Entwickelung langſam, naturgemäß, paſſiv und activ. Man vergleiche ſeinen früheren Zuſtand vor Peter dem Großen mit dem gegenwärtigen. Es hat im verhängnißvollen Augenblicke 1848 nichts gegen Deutſchland unternommen, es hat 1849 zur Rettung der öſterreichiſchen Monarchie beigetragen und iſt abgezogen, ohne eine Spur ſeines Geiſtes zu hinterlaſſen. Es hat ſich in keine inneren Angelegenheiten gemiſcht und mit einem anerkennenswerthen Zartgefühle vermieden, auch nur ſeine Rathſchläge auszuſprechen. Die Urſache dieſes Verfahrens iſt eine feſte, ruhige, beſonnene Staatspolitik. Es begreift, daß es nicht der Weſten iſt, wo es ſeine Macht ausdehnen kann. Seine Blicke ſind nach Oſten gerichtet, wo es im Urzuſtande befindliche ſchöne, fruchtbare, aber verwilderte unermeßliche Ländereien für eine dereinſtige neue Civiliſation vorzubereiten ſtrebt. Rußland weiß, daß es ſeine Eroberungen im Weſten nie behaupten könnte. Hier paſſen weder ſeine Principien, noch ſeine Geſittung, noch ſeine Organiſationen. Im Oſten aber erſcheint das als eine Miſſion der Civiliſation, was im Weſten als ihre Störung gelten müßte.

Vielleicht kommt noch die Zeit, wo es offenkundig wird, daß die jetzigen Mißverſtändniſſe und brudermörderiſchen Stimmungen in Oeſterreich und Preußen das Reſultat feingeſponnener demokratiſcher Intriguen ſind. Gewinnt Preußen die Allianz der Feinde Oeſterreichs, der inneren und äußeren, oder hat es ſie ſchon gewonnen, ſo wird es ſeinem Verfalle um ſo ſicherer entgegengehen; alsdann wird es nichts mehr ſein können, als der Agent fremder Pläne gegen ſeine eigenen Intereſſen.

Wir geſtehen es, eine ſolche Allianz könnte uns furchtbar werden; die Freundſchaft Rußlands, wäre ſie uns auch für alle Zeiten verbürgt, könnte uns nicht bewahren vor den Wunden, die man unſeren Finanzen und unſeren inneren Verhältniſſen beibringen würde. Preußen würde dann vielleicht die Befriedigung genießen, ſich an unſeren mannigfachen Verlegenheiten zu weiden. Aber der unerſchöpfliche Reichthum unſerer Natur, der Ueberfluß des Orients, der ſich über uns ergießt, die wärmeren Sonnenſtrahlen unſeres Himmels, die ungeſchwächte Volkskraft unſerer Stämme, die Intelligenz derſelben, verbunden mit einer thätigen und an Hilfsmitteln erfinderiſchen Phantaſie werden uns mit neuen Kräften ausrüſten und Oeſterreich neu erſtehen laſſen. Wir können leiden, aber nicht ſterben, wir können uns ſchwächen, aber nicht aufreiben, wir können in Betrübniß verſetzt, aber nie entmuthigt und wehrlos gemacht werden. Die theilweiſe weniger vorgeſchrittene Cultur in denjenigen unſerer Provinzen, welche erſt in ſpäteren Jahrhunderten der öſterreichiſchen Civiliſation zugänglich wurden, iſt für uns eine unerſchöpfliche Hilfsquelle; wir haben noch nicht Alles ausgebeutet, weder unſeren Boden noch unſere Kräfte, wir werden unſere Brachfelder anbauen, wir werden unſere

Arbeitskräfte mehr anſpannen, unſere Organiſationen ausbilden, und wir werden durch Leiden nur größer und ſtärker werden.

Preußen zählt auf die Sympathien der demokratiſchen Partei, auf die Popularität des Krieges gegen Oeſterreich und Rußland; wohlan, es wird dieſe Sympathien verlieren, ſobald das Volk merkt, daß ſeine materiellen Intereſſen geopfert werden. Hat Preußen ein ſo ſchlechtes Vertrauen in die Intelligenz ſeiner Fabrikanten, Gewerbsleute und Kaufherren, um zu glauben, daß ſie nicht ſogleich begreifen werden, welchen Gang die Dinge nehmen?

Hat aber Preußen immer die wahren Intereſſen Deutſchlands erkannt und ſie zu rechter Zeit und am rechten Ort zu wahren gewußt?

Oeſterreich gebührt mindeſtens das unbeſtreitbare Verdienſt, daß es im Süden ſeiner Staaten ſeine eigenen und dadurch mittelbar die Intereſſen Deutſchlands wahrgenommen habe. Es iſt für Deutſchland, für deutſche Ehre, deutſchen Einfluß und deutſche Handels-Intereſſen Alles in Italien geſchehen, was geſchehen konnte. Oeſterreich hat ſeinen politiſchen Einfluß mit großer Entſchiedenheit bei jedem Anlaß geltend gemacht; Preußen hat im Gegentheile die materiellen Intereſſen Deutſchlands als eine Waffe gebrauchen wollen, um mit Hilfe des Zollvereines ſeine eigene politiſche Macht zu vergrößern. Es hat Deutſchlands innere Einigkeit und dadurch ſich ſelbſt geſchwächt, und in Holland die wichtigſte Gelegenheit, ein wahrhaft großes und allgemeines Intereſſe zu wahren, mit Gleichgiltigkeit vorbeiziehen laſſen. Preußen war durch ſeine geographiſche Lage berufen, in der holländiſchen Frage als Wortführer Deutſchlands aufzutreten, allein es hat die Revolution in Bel-

gien isolirt, als ob sie Deutschland nichts anginge, und die Belagerung von Antwerpen wie ein Lustfeuerwerk betrachtet, als ob in diesem Brande nicht die größten Handels-Interessen des deutschen Nordens zerstört worden wären. Deutschland erstrebt eine Seemacht, es will eine Flotte, es will auswärtigen Handel, — Preußen macht sich zum Vorkämpfer dieser Rechte und Wünsche, und es ließ den Rhein, das Meer, die Handelswege der Welt sich verbarricadiren. Ueberall hat Preußen seine Politik in Bezug auf die materiellen Interessen isolirt, statt sie durch neue Verbindungen auszubreiten.

Die Augen der gesammten civilisirten Welt sind jetzt auf Preußen und Oesterreich gerichtet. Der einstimmige Ausspruch aller Nationen ist eine vox populi, welche Gehör verdient; alle Stimmen vereinigen sich, um zu fragen, aus welchem Grunde die streitenden Parteien gegen ihr Interesse, gegen alle gesunde Politik sich gegenüber stehen? Niemand frägt um die eigentliche Rechtsfrage, denn als Rechtsfrage ist sie unbedeutend und außerhalb Deutschlands als eine solche nicht zu begreifen. Jedermann, vom Staatsmanne bis zum Manne der hinter dem Pfluge geht, sagt laut: es ist ein Kampf gegen das Interesse! Die Freunde sind bestürzt, die Feinde freuen sich im Stillen; Beide können nicht begreifen, Beide glauben noch im letzten Augenblicke nicht die Möglichkeit eines Krieges! Und Preußen allein, das intelligente, in seiner Bildung und Cultur so hochstehende Preußen, sollte dieses Interesse Deutschlands, Europa's, der Menschheit und — was vielleicht vom Standpuncte der Politik wichtiger ist, — sein eigenes Interesse noch länger nicht begreifen? Es erwache aus den schweren Träumen, welche der Alp des revolutionären Geistes seiner Regierung verursacht:

es ist heller Tag, alle Täuschungen sind verschwunden, die traurigen und die frohen, wir haben nichts mehr vor uns als die nackte, schroffe, kahle — aber nichts desto weniger lehrreiche Wahrheit. Es ist Zeit, Preußen und allen Regierungen zuzurufen: Gibt es eine Politik ohne Zweck und ohne Interessen? Ist die Politik etwas an und für sich, oder ist sie nur ein Mittel für eine gewisse Bestimmung? Die Politik an und für sich ist unfruchtbar, sie ist nur der Pflug, womit man den Boden des eigenen Interesses aufackert um ihn fruchtbar zu machen. Aber man hat, wie es scheint, den richtigen Gebrauch des Instruments verlernt, man braucht es als Waffe und gibt es in die Hände der Leidenschaften, anstatt in jene der Vernunft und Weisheit. Auf diese Art kann man sich und seine Feinde schwer verwunden, aber deßhalb wird kein einziges Samenkorn auf dem wüsten Acker aufgehen.

Aus allen diesen Betrachtungen und Nachweisungen geht hervor:

1. Daß Deutschland als politische Macht nicht nach den Gesetzen einer naturgemäßen Entwicklung gebildet worden ist, daß es vielmehr wesentliche Rückschritte gemacht hat; denn es war einst größer, mächtiger, geographisch besser gestaltet als es jetzt ist;

2. daß besonders Preußen, als eine der ersten Schutzmächte und Strebepfeiler Deutschlands, seine durch unzusammenhängende Erwerbungen schwächer gewordene geographische Lage auf einem neuen Wege zu verbessern gesucht hat, und daß dieses aus dem Gefühle der Unbehaglichkeit seiner Existenz hervorgegangene Bestreben die einzige Ursache seiner Politik ist. Es war unzufrieden mit dem ihm zu Theil

gewordenen Looſe, es will ſich ſelbſt die Verbeſſerung erobern.

3. Daß es nicht möglich iſt, die deutſche Einheit in dem Maße, wie es von einer utopiſchen Partei angeſtrebt wird, herzuſtellen und daß die politiſche Einheit und Exiſtenz von Deutſchland nur in der Form einer von Preußen und Oeſterreich aufrecht erhaltenen Föderation denkbar iſt.

Die Macht eines Staates ruht nicht allein in ſeiner Form, ſondern vielmehr in ſeinem Geiſte. Deutſchland, wie eine tauſendjährige Geſchichte es hervorgebracht, bedarf keiner ſolchen Souveränitäts-Einheit, wie ſie jene Partei unter Aufhebung aller Selbſtſtändigkeit der deutſchen Regierungen haben will, ſondern nur der föderativen, politiſchen Einheit, welche allerdings ſo ausgebildet und überwacht werden muß, daß es nie wieder deutſchen Fürſten gelingen kann, den Bund zu zerreißen.

Man hat den deutſchen Bund angeklagt, daß er die Schuld trage an dem Verfalle des Vaterlandes. Allein es war nicht der deutſche Bund, der Deutſchland herabgebracht hat, ſondern vielmehr die Schein-Exiſtenz dieſes Bundes, in dem Jeder machte was er wollte, weil Oeſterreichs und Preußens Staatsmänner und die beiderſeitige Eiferſucht Alles geſchehen ließen, ja ſogar unter den Mitgliedern des Bundes Partiſane für ihre Particular-Intereſſen ſuchten. Es handelt ſich daher nicht um Abſchaffung des Bundes, ſondern vielmehr um ſeine kräftige Wiederherſtellung. Seine Form iſt nicht zu verdammen, ſein Geiſt war aber kein Bundes-, ſondern ein Sonderungsgeiſt. Man ſagt in Berlin, daß Deutſchland unter die Mächte erſten Ranges ſich nicht einreihen kann, wie dieß einem ſo großen Volke zukommt, wenn

nicht Preußen groß iſt. Allein ſo groß auch Preußen immer ſein oder werden möge, ſo wird es doch immer nur Preußen bleiben, — vergrößert durch Alles, was es von Deutſchland vermittelſt der ſeltſamen Waffen dieſer Union erobern kann, wird es doch nichts ſein, im günſtigſten Falle für dasſelbe, als ein Deutſchland ohne Oeſterreich! Iſt es möglich, daß ſeine Intelligenz allein Deutſchland jene Kraft leihen könne, deren es bedarf, und welche ihm durch die Trennung von Oeſterreich entzogen wird? Iſt es möglich, daß man ſich in Deutſchland etwas Größeres denke, als ein mit dem übrigen Deutſchland vereinigtes Preußen und Oeſterreich? Sind es nicht die gefährlichſten Feinde von Deutſchland, welche zwiſchen dieſen beiden Mächten, die allein Deutſchland groß machen können, Unfrieden ſtiften? Und wenn man ſieht, daß Rußland ſich Mühe gibt, dieſe beiden Mächte zu verſöhnen, darf man es einen Feind von Deutſchland heißen und ein ſelbſtmörderiſches Bündniß ſuchen mit einer Macht, die nicht nur den entſchiedenſten Willen, ſondern auch das Intereſſe hat, Deutſchland zu ſchwächen, in Uneinigkeit zu erhalten und ſo ſeinen politiſchen Einfluß, ſeinen Handel und ſeine Induſtrie außer die Weltconcurrenz zu ſetzen?

Der Zweck dieſer Schrift kann nicht verkannt werden — Verſöhnung der ſtreitenden Parteien. Haben wir Preußen eines Irrthums überweiſen müſſen, ſo iſt das gewiß kein Grund, unſere Aufrichtigkeit zu bezweifeln. Der iſt ein ſchlechter Rathgeber und ein falſcher Freund, welcher dem Irrenden Lobſprüche ertheilt. Aber mit Recht wird man fragen, warum wir nicht eben ſo freimüthig gegen die öſterreichiſche Regierung verfahren? Hat ſie keine Fehler begangen? Trägt nicht Oeſterreich mindeſtens die Hälfte der Schuld an dem Streite? Hat es

nicht an den Ereigniſſen in Frankfurt ſo gut ſeinen Antheil wie Preußen? Wir antworten hierauf ehrlich und unbefangen: es iſt nicht unſere Aufgabe, dieß zu unterſuchen. Bekanntlich haben die Blinden in Madrid das Privilegium des öffentlichen Ausrufens von Neuigkeiten. Zur Zeit der Kriege mit Frankreich meldete ein ſolcher Ausrufer, daß die Spanier einen Sieg erfochten hätten. Ein Vorübergehender gab ihm einen Thaler mit den Worten: Schweige — es iſt nicht wahr, was du verkündeſt, die Spanier ſind geſchlagen worden. Der Blinde ließ ſich aber hierdurch nicht außer Faſſung bringen, ſondern entgegnete: „nun gut, wenn es wahr iſt, was du ſagſt, ſo wird der Blinde in Paris es ſchon ausrufen. Ich thue, was meines Amtes iſt.“ Dieſelbe Antwort müſſen wir geben — der Blinde in Berlin wird es ſagen, was wir ſelbſt gefehlt haben. Und wenn wir nicht irren, hat er bereits ſo viel von uns geſagt, was weder ſchmeichelhaft noch freundlich iſt, daß wir uns der Pflicht enthoben fühlen können, noch weiter an unſerem Tadel zu arbeiten.

Ob im Angeſichte einer ſolchen Gefahr von Beleidigung und verletzter Ehre die Rede ſein kann? Es iſt eine leere Phraſe, die uns die Geſchichte von einem beſiegten Helden meldet; denn wer Alles verloren, hat auch die Ehre verloren. Die Ehre iſt, wie Shakeſpeare ſagt, ein eigenes Ding, man kann ſie ſich nicht ſelbſt geben. Das Urtheil der Welt, gleichviel ob gerecht oder ungerecht, ſchneidet uns das Ehrenkleid zu; es paßt niemals für den Wuchs. Was würde z. B. aus der Ehre Deutſchlands werden, wenn es über ſeinem inneren Streit zu Grunde ginge? König Franz der I. ſprach von der Ehre wie ein Ritter, der ſie zu retten wähnt, wenn er dafür das Leben einſetzt. So war es damals die Sitte des Pri-

vatlebens; er trug ſie auf ſeine königliche Stellung über, und behandelte den Krieg gegen Carl den V. als einen Zweikampf. In der Politik waren ſie Nebenbuhler, er ſtrebte nach der Kaiſerkrone in Deutſchland.

Der ritterliche Sinn duldete keine groben Worte; um den Zweikampf zu verhüten, wurde man ſeiner geſittet. War er einmal unvermeidlich geworden, ſo ging man hin auf den Wahlplatz, wie auch in den Krieg, ohne jemals die Regeln des Anſtandes zu verletzen — man ehrte ſich ſelbſt in dem Gegner oder in dem Feinde.

Wenn die Völker, bewaffnet wie ſie es heute ſind, für die Empfindlichkeit der Ritterzeit noch empfänglich ſein wollen, dann wäre ihnen zu rathen, zu jenen anſtändigen, feierlichen Formen zurück zu gehen, die ein zartes Ehrgefühl fordert, ſonſt werden ſie bei jedem Anlaſſe eher über die Worte, als über den Grund in Krieg gerathen. Es ſollte dann jede Lüge als unehrenhaft erklärt werden; dann müßte man aufhören, Verleumdungen, böswillige Zumuthungen als politiſche Waffe zu gebrauchen.

Man hat ſo oft die Diplomatie der Unaufrichtigkeit, der Doppelzüngigkeit beſchuldigen wollen, indem man allen ſeinen etwas unbeſtimmten Wendungen dieſen Sinn unterſtellt. Man hat die Klugheit, die Vorſichtigkeit nicht begriffen, mit welcher alle internationalen Verhandlungen zu führen ſind, will man nicht über jeden unwichtigen Gegenſtand einen Streit anſpinnen, wo kein Theil von zu grellen, zu peremtoriſchen Forderungen ohne Verletzung ſeiner Ehre mehr zurücktreten oder auch nur Modificationen zulaſſen kann. Lehrt denn die Geſchichte nicht, wie oft ſchon hartnäckige, blutige Kriege geführt wurden, deren Entſtehen hätte

vorgebaut werden können, wenn jene diplomatiſchen Verhandlungen, welche jedem Kriege vorangehen, vorſichtiger, gemeſſener wären geführt worden? Nun wenn man dieß vergeſſen hat, werden die Deutſchen vielleicht bald bittere Thränen weinen müſſen, daß die in der Neuzeit in Deutſchland gewechſelten Noten ſo geſchrieben waren, wie man ſie zu ſchreiben pflegt, wenn der Entſchluß zum Kriege bereits ſchon vorgefaßt iſt, wo dann die Correſpondenz ſo geſtellt wird, daß der Krieg ſich aus dem Inhalte derſelben, obgleich mit ſcheinbarem Widerwillen, als unvermeidlich ergibt.

Beſeitigte man alles Ungehörige, was die freie Sprache unſerer Zeit der Differenz zwiſchen Oeſterreich und Preußen zugefügt hat, ſo würden die wahren Differenzpuncte faßlicher für Alle ſich darſtellen laſſen. Zuvörderſt bezeichnen wir die Rechtsfragen, die an der Oberfläche zu liegen ſcheinen und als Anlaß des Streites gelten, welcher zu dem ungeheuern Aufgebote von beinahe 800,000 Mann geführt hat. Es ſind dieß der holſteiniſche Krieg, und die innere Zerrüttung des Kurfürſtenthums Heſſen. Beide ſind an und für ſich von geringem Belange; bei einem geregelten Zuſtande des deutſchen Bundes würden beide Fragen, ohne das geſammte deutſche Vaterland zu einer ſo furchtbaren Entſcheidung durch das Schwert hinzureißen, nach den Geſetzen des Bundes beigelegt worden ſein. Das unaufhörliche Treiben der Revolutions-Parteien hat dieſe unerklärbare Erſcheinung herbeigeführt. Die politiſchen Männer in Europa werden nicht umhin können, mitleidig auf Staaten herabzuſehen, welche bereit ſind, in einen Kampf ſolcher Größe einzugehen, für ſolch' geringfügige ſtreitige Puncte, die ſich auf Glieder dritter Ordnung im Bunde beziehen.

Die Böswilligen werden höhniſch und geringſchätzend

Ereigniſſe verlachen, wo der Abſtand zwiſchen Zweck und Mitteln ſo unverhältnißmäßig iſt — wo die Koſten des Proceſſes, ohne mögliche Hereinbringung derſelben, millionenmal den Werth der Streitſache überſteigen.

Nun verſuchen wir die Läuterung des Streites; er wird zwar dadurch nicht vernünftiger gemacht, jedoch zu einer höheren Ideen-Ordnung geführt; er dürfte dann weniger dem Spotte der Welt preisgegeben bleiben.

Der König von Preußen hat mehr als Einmal verkündigt, daß er als deutſcher Fürſt den Beruf in ſich fühle, eine den Bedürfniſſen deutſcher Nation entſprechende Verfaſſung zu ſchaffen. Was hat die Erhebung des preußiſchen Volkes damit zu thun? Wer hat dem preußiſchen Volke zu nahe treten wollen? Nach allen Verkündigungen handelt es ſich um Deutſchland, nicht um Preußen.

Das Kaiſerthum Oeſterreich begreift in ſich 12 Millionen Deutſche; Alle haben in dem verhängnißvollen Jahre 1848 einſtimmig ihren Entſchluß laut und feſt ausgeſprochen, ſich nicht von dem öſterreichiſchen Staatskörper trennen zu wollen, oder trennen zu laſſen. Wie kann denn bei einer ſolchen Sachlage Preußen das Recht anſprechen, einſeitig eine Verfaſſung für die deutſche Nation zu ſchaffen? Wer hat ihm die Vollmacht hiezu ausgefertigt? Sind die Deutſch-Oeſterreicher die Einzigen, die ſich erklären, das bleiben zu wollen, was ſie ſeit ſo vielen Jahrhunderten ſind, — Oeſterreicher? — Sollen ſie eine glorreiche Geſchichte aufgeben, um ſich dem Beſchluſſe eines unberufenen, unbevollmächtigten Geſetzgebers zu fügen? Sind denn alle übrigen Deutſchen bereitwillig, ſich der preußiſchen Herrſchaft einverleiben zu laſſen?

Die deutsche Nation so zu stellen über die deutschen Staaten, ist die gefährlichste aller Revolutionen. Das Princip der Nationalität über jenes der Staatenbildung zu setzen, ist die feierlichste Verkündigung der absoluten Volkssouveränität, die je geschehen ist.

Deßhalb ist das auch die Lehre der demokratischen, radicalen, socialistischen Parteien aller Länder. Das war die Politik eines Mazzini, der die Nationalität als Hebel der Revolution an allen Ecken Italiens ansetzte. Wohin hat er sein Vaterland damit geführt? Man täusche sich nicht darüber; die Nationalität als politiches Element führt unabwendbar in streng logischer Ordnung zur unbeschränkten Volkssouveränität, zum allgemeinen Stimmrecht und zu allen übrigen Consequenzen, die sich aus diesen Vordersätzen ergeben. Eine der nächsten ist die Veränderung der Regierungsform. Es hat sich das natürliche, ungezwungene, unabwendbare Endresultat von Lafayette's Ausruf, als er im Jahre 1830 Louis Philipp begrüßte als den König einer Monarchie entourée d'institutions républicaines, im Jahre 1848 in Paris ergeben. Was damit erwiesen werden will, ist nicht der Bestand der Republik, sondern lediglich die Unmöglichkeit der Erhaltung einer Monarchie, die auf das Princip der Volkssouveränität gebaut wird. Ein solcher Ausgang würde in Deutschland nicht so lange auf sich warten lassen, aus dem einfachen Grunde, daß eine einheitliche Monarchie in Deutschland niemals hat Wurzel fassen können. Der vereinigten Volkssouveränität gegenüber würden alle Fürsten beim nächsten Sturmwinde wie Spreu hinweggeweht. Man mag sich in Berlin wenden wie man wolle, die elastische Gewandtheit der Sophismen wird niemals

die in einem moraliſchen Grundſatze liegende Macht der Logik zu beſiegen vermögen.

Wir haben in unſerer Nähe ein Bruchſtück deutſcher Geſchichte, welches dieſe Frage der Nationalität heller beleuchten wird; machen wir davon kurze Erwähnung.

Die Bevölkerung der Schweiz beſteht aus drei verſchiedenen Volksſtämmen: Deutſche, Franzoſen, Italiener. Sie haben ſich als Staatenbund gebildet und ſeit mehr als fünf Jahrhunderten als ein freies Volk erhalten, ohne daß jemals die Nationalität als politiſches Element Geltung bekommen hätte. Die Schweizer haben friedlich und glücklich neben einander und mit einander gelebt. Es haben ſich Cantone reiner und gemiſchter Nationalität gebildet; das Geſetz des Cantons nahm keinen Bezug auf dieſe Verſchiedenheit; der höhere Begriff war ſtets der politiſche. Hätte die Nationalität, als ſolche, eine höhere Bedeutung erlangt, ſo würden bald Nationalkriege unter dieſen Bevölkerungen entſtanden ſein, der mächtigſte Stamm hätte die andern aus dem Lande gewieſen; dieſe hätten aber Hilfe geſucht und ſie bei ihren Stammverwandten gefunden; Fremde wären hereingedrungen; die Auflöſung des politiſchen Bundes hätte eine Theilung des Landes herbeigeführt; die drei Nationen hätten dasſelbe unter ſich getheilt; jeder Theil hätte ſich dem verwandten Nachbarlande angeſchloſſen. Die Grundidee des ſchweizeriſchen Staatenbundes blieb aber immer die politiſche; es lag in ihr eine ſolche Stärke, daß der Staat trotz der Verſchiedenheit der Nationalitäten ſich hat erhalten können.

Machen wir, inſofern ſie paſſend ſind, die Anwendung dieſer Betrachtungen auf Deutſchland.

Deutſchland hat den großen Vortheil der Einheit der Na-

tionalität. Damit wird jedoch noch kein mächtiger Staat gebildet. Alle großen Völker haben Zeiten der Größe und des Verfalles gehabt, ohne ihre Nationalität verloren zu haben. In ihr liegt also weder das Element der Größe, noch die Ursache des Verfalles; es liegt blos in ihr das Princip der Erhaltung der Raçe. Die politische Staatsbildung allein kann zur Größe führen, oder den Verfall nach sich ziehen, je nachdem sie passend oder unpassend sein wird. Um passend zu sein, soll sie der geographischen Lage des Landes, seinen sonstigen Eigenthümlichkeiten und den wahren Bedürfnissen des Volkes Rechnung tragen

Wäre England das, was es geworden ist, wenn der Seeraum, der es von Frankreich trennt, festes Land wäre? Würde in diesem Falle das Uebergewicht der Macht nicht auf die Seite Frankreichs gefallen sein?

Es gibt kein Volk, welches ein so tiefes Nationalgefühl hätte, wie das italienische, und dennoch konnte es zu keiner Zeit seiner langen glorreichen Geschichte, die Periode der römischen Eroberung abgerechnet, einen einheitlichen Staat bilden. Nicht einmal als Staatenbund kann sich Italien constituiren; dazu ist es geographisch zu schwach gebaut. Könnte man glauben, daß Constantin aus bloßer Laune eine Stadt wie Rom verließ, um sich eine andere, besser gelegene Hauptstadt zu bauen? — Damals fingen die Barbaren an, sich nach allen Seiten zu bewegen; die Römer, so erfahren in der Kriegskunst und Meister der Strategie, erkannten, daß Italien keine Möglichkeit böte, die Einfälle, die es bedrohten, mit Erfolg von sich fern zu halten. Constantin zog ab — bald kamen die Barbaren aus Afrika, aus Spanien, aus Gallien, aus Deutschland, aus

Pannonien, – von allen Seiten fielen sie ein. Als nach einigen Jahrhunderten beständiger Verwüstung sich wieder einige Ordnung herstellte, zerfiel Italien in dieselben Bruchtheile, aus welchen es vor der Römerzeit bestanden hatte.

Heute, wo die Seemächte zur See so furchtbar geworden sind, ist ein neuer Grund der Schwäche für Italien vorhanden; wie könnte es mit seinen lang gedehnten, wehrlosen Küsten jemals hoffen, als Volk vereinigt und mächtig die politische Weltbühne wieder zu betreten? An den Schandpfahl der Geschichte sollte man Namen, wie jene Mazzini's und seiner italienischen und fremden Freunde, heften, den künftigen Geschlechtern zur Warnung vor Menschen, die aus Verblendung, Unwissenheit und meistens aus persönlichem Ehrgeize die fürchterlichsten Stürme über ihr Vaterland heraufbeschworen haben.

Die Deutschen sind ein zahlreiches, im Gebiete des Geistes und der Bildung ein mächtiges Volk; die langwährende Auflösung des alten Reiches hat ihm als die einzig mögliche Bedingung seiner Existenz die Form eines Bundes zurückgelassen. Die Revolutionen der Jahre 1848—1849 haben die Organe dieses Bundes zertrümmert. Der deutsche Bund besteht aber zu Recht. Es wird wohl weder ein deutscher Fürst, noch ein deutscher Minister die Erklärung wagen, der deutsche Bund habe aufgehört, er existire nicht mehr. Auch Herr v. Radowitz hat zu jeder Zeit dessen Bestehen anerkannt; seine (am Schlusse dieser Schrift abgedruckten) zwei Schreiben, das eine an den königl. preußischen Gesandten in außerordentlicher Mission, Freiherrn von Werther zu Kopenhagen, vom 17. October, und das andere an die schleswig-holsteinische Statthalter

ſchaft, vom 30. October 1850, beſtätigen ſeine Anſicht über das Fortbeſtehen des Bundes

Die erſte Differenz zwiſchen Oeſterreich und Preußen beſteht darin, daß Oeſterreich meine, es müſſe in dem alten Baue des Bundes der Begriff ſeines Beſtehens begründet werden, und aus den Trümmern des eingeriſſenen müſſe man jene Materialien ſuchen, die noch anwendbar wären.

Preußen will nur den Begriff eines Bundes feſthalten; es will den Platz des neuen Baues ganz aufräumen, in der Beſorgniß, daß Bruchſtücke des früheren Baues doch immer nach dem Alten riechen würden.

Oeſterreich erkennt wie Preußen die Nothwendigkeit, dem deutſchen Bunde mehr Kraft und Leben zu geben; es erklärt ſich bereit, ſich darüber mit Preußen und mit Deutſchland, um deſſen Wohl es ſich handelt, in das Einvernehmen zu ſetzen, und alle Wege zu ſuchen, die zu einer allſeitig befriedigenden Verſtändigung zu führen geeignet ſind.

Wozu der Streit vor der Berathung? Entweder iſt die Anſicht nicht klar, oder nicht ſo einfach, wie ſie ſich geben möchte.

Es erhellt aus allen öffentlichen Verhandlungen und Aeußerungen des preußiſchen Hofes, daß die Abſicht des Königs dahin gehe, den Staatenbund in einen Bundesſtaat zu verwandeln. Hierauf haben wir zu bemerken, daß der Ausdruck Bundesſtaat ſophiſtiſch und hohl ſei; ſobald der Staat eine Einheit bildet, hört der Begriff des Bundes auf.

Deutſchland kann keine andere Bildungsform haben, als jene eines Staatenbundes; die Vereinigung dieſer Staaten durch eine Bundesverfaſſung kann die politiſche Einheit Deutſchlands

bilden. Um Deutſchland anders zu geſtalten, müßte es erobert werden.

Es mag geſchehen was da wolle, von ſchlimmer Bedeutung wird es immer ſein, daß die preußiſche Landwehr, zu einer Zeit edler Begeiſterung als Wehrkraft gegen das Ausland organiſirt, beim erſten Male ihres Aufgebotes beſtimmt iſt, gegen deutſche Brüder zu kämpfen. Wird die Bluttaufe, die man dem neuen deutſchen Staat geben will, nicht das ganze Land roth färben?

Bei ſo ernſter Sachlage möge man von keiner Seite weder dem Aberglauben des „hiſtoriſchen Glückes," noch weniger der blinden Zuverſicht des Muthes vertrauen. Es ſind ſo viele und ſo verſchiedene Kräfte geweckt worden, daß die Erfolge ihrer von allen Seiten getriebenen Thätigkeit ganz außer aller Berechnung liegen. Die Zeiten gebieten Vorſicht und Selbſtbeherrſchung, ſowohl dem neuen Staate, der nicht wiſſen kann, was er wird, — denn es laſſen ſich nicht immer alle Ziele erreichen — als auch dem alten, der nicht mehr iſt, was er war und der auch nicht wiſſen kann, was er, vermöge ſeiner veränderten Natur, werden wird.

Oeſterreich und Preußen ſind nicht ebenbürtige Staaten, ſie ſind ſehr verſchiedenen Alters; ſo wenig als in derſelben Zeit, haben ſie ſich auf dieſelbe Art gebildet; ſie ſind beide ungleicher Größe, ungleichartiger Natur, beide jedoch reine Producte ihrer eigenen Geſchichte. Sie gehen aber beide einer Zukunft entgegen, an welcher ſie ſich gleichmäßig zu betheiligen haben werden. Da treten ſie zuſammen und werden von der Nothwendigkeit beherrſcht, ſich gleichartiger fort zu bilden; denn in vielen Beziehungen iſt auch Oeſterreich ein neuer Staat geworden, welcher Vieles von ſeiner Vergangenheit zurücklaſſen muß.

In dieſem neuen Verhältniſſe liegt, wenn es gehörig gewürdigt wird, die ſicherſte Garantie jener Verſtändigung, ohne welche keiner von beiden Staaten des eigenen Beſtehens ſicher ſein kann. Man muß aber der Zeit Rechnung zu tragen wiſſen, und ihr nicht vorgreifen wollen. Wie die Schwierigkeiten der Gegenwart Zeugniß geben von unverantwortlichen Verſäumniſſen der Vergangenheit, ſo ſind alle Handlungen der Gegenwart — man bedenke es wohl — Keime, die ſich als unabwendbare Ereigniſſe in der Zukunft entwickeln und zur Reife kommen werden. Bitter oder ſüß, unſere Nachkommen werden die Früchte ernten müſſen, deren Samen wir jetzt ausgelegt haben.

Das iſt heute unſer Schickſal!

Wien am 20. November 1850.

Beilagen.

1.

Schreiben des Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Radowitz, an den königl. Geſandten in Kopenhagen.

»Wie Ew. ꝛc. aus meiner anderweiten Mittheilung vom heutigen Tage gefälligſt erſehen werden, iſt nunmehr der Zeitpunct nahe gekommen, wo die lange verzögerte Ratification des Friedensvertrages vom 2. Juli als geſchehen betrachtet werden muß. Deßhalb ſtehe ich nicht an, Ihnen in der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit Folgendes zu eröffnen: Was wir in dieſer Angelegenheit wollen und wünſchen, iſt allein die Beendigung der ſeit langer Zeit Dänemark und die Herzogthümer Schleswig und Holſtein bedrängenden, den Frieden Deutſchlands und Europa's bedrohenden Wirren. Wir haben hierbei keine anderen Wünſche und kein anderes Intereſſe, als daß in Verfolg des Friedensvertrages vom 2. Juli eine wirkliche und dauernde Wiederherſtellung friedlicher und gedeihlicher Beziehungen zwiſchen der Krone Dänemark und den Herzogthümern erreicht, nicht eine Scheinberuhigung, der neuer Zwieſpalt folgen muß, herbeigeführt werde. Unſere Wünſche werden vollkommen befriedigt, unſerem Intereſſe wird vollkommen genügt, wenn in Betreff der Neugeſtaltung jener Beziehungen, wie hinſichtlich der Succeſſionsfrage alle Anforderungen des Rechts ihre Geltung und namentlich auch die von uns gewahrten Rechte des deutſchen Bundes ihre unbeſchränkte Anerkennung finden. Anderes kann, wie wir überzeugt ſind, auch die königlich däniſche Regierung in der Sache nicht wünſchen oder wollen. Wir zweifeln daher nicht, daß, bei deutlicher Anſchauung dieſes Zieles, auch unſchwer die Mittel für die Erreichung desſelben zu finden ſind. Nach dem Artikel IV. des Friedensvertrages wird die königlich däniſche Regierung ſich zunächſt an

den deutſchen Bund zu wenden haben und es iſt dieß zweifelsohne ihre Abſicht, da ſie gewiß nicht die ſchweren Folgen einer Verletzung jener Vertragsbeſtimmung auf ſich nehmen will. Sie hat ſich wegen der Ratification mit den in Frankfurt a. M. verſammelten Vertretern mehrerer deutſchen Regierungen in Beziehung geſetzt, ja einen von ihr für Holſtein und Lauenburg beſtellten Abgeordneten an den Berathungen und Beſchlüſſen derſelben Theil nehmen laſſen; bei näherer Erwägung der Sache wird ſie ſich aber ſagen müſſen, daß dieſer Weg wohl zu dem jetzt vorliegenden Reſultate der Friedensratification von Seiten jener Regierungen führen konnte, indeß hierüber hinaus ein ſachgemäßer keineswegs zu nennen iſt. Der deutſche Bund iſt weder rechtlich noch thatſächlich in Frankfurt vertreten. Die rechtliche Vertretung wird von uns durch ſchlagende Gründe beſtritten, und die gegentheilige Behauptung kann den „reactivirten Bundestag" nicht zu einem allſeitig anerkannten Bundes-Organe machen. Daß thatſächlich die in Frankfurt vereinigten Bevollmächtigten nur von der Minderzahl der deutſchen Regierungen abgeordnet ſind und daß ſolche Minderzahl nicht die Geſammtheit des deutſchen Bundes ausmacht, iſt vollkommen zweifellos. Frankfurter Beſchlüſſen, welche irgend eine Bundesautorität in Betreff der Herzogthümer geltend machen wollten, würden wir bei ſolcher Sachlage unſere Anerkennung unbedingt verſagen müſſen, und da wir die Action eines von uns nicht anerkannten Bundes-Organs in Deutſchland nicht zuzugeben vermögen, ſo würde jede in Frankfurt beliebte Maßregel unausbleiblich hindernde Gegenmaßregeln von unſerer Seite hervorrufen; wir würden ein dort beſchloſſenes militäriſches Einſchreiten nicht dulden. Je mehr dieß mit Nothwendigkeit aus den Rechten, welche wir feſthalten, aus den Pflichten, welche wir erfüllen müſſen, hervorgeht, um ſo mehr dürfen wir das Einverſtändniß der königl. däniſchen Regierung dafür in Anſpruch nehmen, daß weitere Schritte derſelben, um die Dazwiſchenkunft des ſogenannten Bundestags hervorzurufen, den Zweck baldiger Pacification der Herzogthümer keineswegs erreichen würden, viel-

mehr weit größere, über die Gränzen der Herzogthümer und Dänemarks hinausreichende, dieſe aber in keinem Falle unberührt laſſende Kämpfe herbeiführen könnten. Leuchtet dieß ein, ſo wird das Kopenhagner Cabinet gewiß auch nicht länger zögern, einen Schritt zur Eröffnung eines anderen Wegs zu thun. Wir haben uns mehrmals dahin ausgeſprochen, daß während der jetzigen deutſchen Verfaſſungskriſe das Recht, Bundesangelegenheiten, die nicht zum Geſchäftskreiſe der Bundes-Centralcommiſſion gehören, zu erledigen, einzig und allein bei den Bundesgliedern ſelbſt beruht, und daß eine ſchnelle Action unter ſolchen Umſtänden nur allein zu erreichen iſt, wenn Preußen und Oeſterreich im Namen und Auftrage ſämmtlicher Bundesregierungen übereinſtimmend zu handeln in den Stand geſetzt werden. Auch auf die ſchleswig-holſteiniſche Sache findet dieß volle Anwendung. Soll in Betreff derſelben, wie das Bedürfniß es erheiſcht, ſchnell und erfolgreich gehandelt werden, ſo iſt, mit Beiſeitlaſſung der auf die Bundesverfaſſungsreviſion bezüglichen Fragen, eine beſondere Commiſſion ad hoc zu bilden. Wenn das königl. däniſche Cabinet ſich dieſer einzig zum Ziele führenden Ueberzeugung anſchließt, ſo wird es auch erkennen, daß der nächſte Schritt hierzu darin beſteht, daß es einen ſolchen Antrag in Wien ſtelle. Unſerer Meinung nach würden von Preußen und Oeſterreich beſtellte Bundescommiſſarien in Hamburg oder an einem anderen gleich paſſenden Orte mit Beauftragten Sr. Majeſtät des Königs von Dänemark zur Ausführung des Artikels IV. ſich zu vereinigen und nach gemeinſchaftlicher Berathung die zu gerechter und dauernder Pacification der Herzogthümer gereichenden Anordnungen zu erwägen und ihre Anträge behufs weiterer Veranlaſſung vorzulegen haben. Ew. ꝛc. wollen dieſen Vorſchlag unverweilt durch Abſchrift der gegenwärtigen Inſtruction zur Kenntniß des Herrn Miniſters von Reedtz bringen und bei dieſem mit aller der Wichtigkeit der Sache entſprechenden Angelegentlichkeit befürworten.

Berlin, den 17. October 1850.

(gez.) v. Radowitz.

2.
Schreiben des Generals v. Radowitz an die Statthalterschaft.

Der Unterzeichnete hat das gefällige Schreiben einer hochlöblichen Statthalterschaft vom 28. d. M. zu erhalten die Ehre gehabt und die aufrichtige Theilnahme, welche die königl. Regierung für das Schicksal der Herzogthümer empfindet, macht es ihm zur Pflicht, dasselbe ungesäumt zu beantworten.

Er muß zuvörderst sein Befremden wie sein Bedauern ausdrücken, daß die Statthalterschaft des ausdrücklich gestellten, auf die dem Bunde schuldigen Rücksichten gegründeten ernstlichen Begehrens der königl. Regierung, sich jedes aggressiven Vorgehens zu enthalten, mit keinem Worte Erwähnung thut. Die königl. Regierung muß daher dieß Begehren noch einmal auf das Entschiedenste wiederholen, und dabei erklären, daß sie die Erfüllung desselben als die erste und unerläßliche Bedingung dafür ansieht, daß irgend ein Organ des Deutschen Bundes dem Bundesgebiete des Herzogthums Holstein wirksamen Schutz angedeihen lassen könne.

Was nun ferner den von der königlichen Regierung vorgeschlagenen Waffenstillstand betrifft, so muß der Unterzeichnete daran erinnern, daß derselbe von ihm ausdrücklich als ein rein militärischer bezeichnet war, wie solcher in diesem Augenblick nicht nur allein möglich, sondern auch allein angemessen erscheint, da die politische Seite dem Deutschen Bunde vorbehalten bleiben muß. Die hochlöbl. Statthalterschaft hat aber in einer Auffassung, welche die königl. Regierung nur bedauern kann, da sie den Umständen nicht entspricht, einen Waffenstillstand von wesentlich politischem Charakter an die Stelle gesetzt, und die königl. Regierung befindet sich selbstverständlich in der Unmöglichkeit, für einen solchen ihre Vermittlung eintreten zu lassen, ganz abgesehen davon, ob die Bedingungen der Statthalterschaft ir-

gend eine Aussicht darbieten, von Dänischer Seite angenommen zu werden. Für einen rein militärischen Waffenstillstand ist sie dagegen immer gern bereit, die Vermittlung zu versuchen, und der Generalmajor von Hahn wird zu dem Ende noch eine Erwiederung der hochlöbl. Statthalterschaft auf dieß Schreiben abwarten.

Die Letztere wird sich nicht darüber täuschen, daß für die königliche Regierung die letzte Möglichkeit, sich einer Sache, welche die ernstesten und verwickeltsten Schwierigkeiten darbietet, ferner anzunehmen, davon abhängt, daß die Statthalterschaft ihre wohlgemeinten Rathschläge berücksichtige und sich ihren billigen und begründeten Forderungen nicht versage. Im entgegengesetzten Falle würde sie sich jeder weitern Vermittlung hierin zu enthalten haben und ihr ferneres Verhalten lediglich nach den Verpflichtungen bemessen, die ihr obliegen.

Berlin, den 30. October 1850.

(gez.) v. Radowitz.

Ferner ist zu haben:

Erläuterungen

zu den

Bekenntnissen eines Soldaten.

Von einem

Freunde der Wahrheit.

1851.

Preis: fl. — 20 kr. CM.

Wien.
Druck von J. P. Sollinger's Wwe.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

DUE MAY 28 '49